

Der Imre-Nagy-Prozeß in Ungarn und seine politischen Hintergründe

Die Flucht in die jugoslawische Botschaft und die Verschleppung nach Rumänien

In den frühen Morgenstunden des 4. November 1956 begann die zweite sowjetische Intervention gegen Ungarn. Einige Stunden zuvor verhafteten sowjetische Generale heimtückisch die ungarische Waffenstillstandsdelegation unter der Leitung von Verteidigungsminister Pál Maléter, obwohl sie ihn unter Zusage freien Geleits zu Verhandlungen am Flugplatz Tököl eingeladen hatten. (Geschichtlicher Zufall, daß 1540 in der Nähe auch der türkische Sultan Süleyman wortbrüchig wurde und eine ungarische Delegation verhaften ließ. Der Leiter der Delegation starb später im berüchtigten Gefängnis von Istanbul, in der Yedikule.) Ministerpräsident Nagy wandte sich am frühen Morgen in seiner berühmten Rundfunkansprache an die Bevölkerung Ungarns und die ganze Welt. Anschließend flüchtete er mit seinen Getreuen in die jugoslawische Botschaft in Budapest. Damit begann sein Leidensweg, der anderthalb Jahre später am Galgen tragisch endete.

Das Schicksal Nagys lag jahrzehntelang im dunkeln, weil die Machthaber in Ungarn die Bevölkerung und die Welt darüber nicht informieren wollten. Erst nach 1989 lichtete sich das streng gehütete Geheimnis, die Archive wurden geöffnet und Rußland stellte Protokolle und Briefwechsel zur Verfügung. Auch Rumänien übergab mehrere Akten an Ungarn. Diese ehemals geheimen Akten wurden in Ungarn publiziert. Aus ihnen geht eindeutig die Schuld Kádárs an der Verurteilung Nagys hervor. Der Gedanke, Nagy vor Gericht zu stellen, stammte von Kádár, der den Prozeß gegen ihn zielstrebig und listenreich unter größter Geheimhaltung vorbereiten und durchführen ließ. Vor dem Auffinden des Archivmaterials herrschte die Meinung, daß die Sowjets Kádár den Prozeß gegen Nagy aufgezwungen hätten. Diese Annahme entsprach jedoch nicht der Wahrheit. Die Sowjets waren zwar ganz erheblich mitschuldig am Tod Imre Nagys und seiner Gefährten, da sie die Zustimmung dazu gaben, aber die Initiative dazu ging nicht von ihnen aus, sondern von Kádár, der dies später selbst indirekt zugab. Sein Nachfolger in der ungarischen Parteiführung, Károly Grósz, fragte ihn einmal, ob es stimme, daß die Sowjets Druck ausgeübt hätten, um Nagy hinzurichten. Es sei bloß ein Gerücht, antwortete Kádár. Er führte mehrmals Gespräche mit Chruschtschow, der meinte, man könnte Nagy nach einer kurzen Freiheitsstrafe als Agrarexperten einsetzen.¹

¹ *Magyar Hírlap* 20. Januar 1996.

Warum begab sich Nagy also in die jugoslawische Botschaft, welche sich schließlich als tödliche Falle erwies? Er ging dorthin, weil ihm der Botschafter Soldatić aufgrund eines Telegramms des jugoslawischen Innenministers Ranković Asyl anbot.² Nagy glaubte möglicherweise, daß das Asyl nur kurze Zeit dauern würde, bis sich die Lage in Ungarn wieder beruhigte. Er mußte sicherlich damit rechnen, von den Sowjets oder Kádár verhaftet zu werden. Dies war auch geplant. Unter keinen Umständen wollte Nagy Ungarn verlassen, mußte sich aber irgendwie in Sicherheit bringen, so daß ihm das Angebot gelegen kam. Nagy handelte aus mangelnder Information, aus Fehleinschätzung der politischen Lage und leider auch aus Naivität.

Im Umkreis Nagys hatten manche gewisse Sympathien für die damalige jugoslawische Politik gehegt, die die Blockfreiheit erkämpft hatte. Obwohl das Land sozialistisch war, verfolgte es eine offenere Politik als die anderen Ostblockstaaten. Die Bevölkerung Ungarns strebte jedoch die Unabhängigkeit und die Neutralität nach österreichischem Muster an. Die Intervention zeigte, daß die Sowjets nicht bereit waren, eine Entwicklung in Ungarn nach dem Beispiel Österreichs oder auch nach dem Vorbild der jugoslawischen Blockfreiheit zu tolerieren. Nagy hat die Möglichkeiten, aber auch die Absichten der jugoslawischen Politik falsch eingeschätzt. Er konnte nicht wissen, und er wurde auch nicht darüber informiert, daß die sowjetischen Führer Malenkov und Chruschtschow Tito am 2. November 1956 auf der Insel Brioni heimlich besucht und ihn über die bevorstehende Intervention in Ungarn informiert hatten. Tito war damit einverstanden.³ Die sowjetischen Führer hatten zuvor während einer Rundreise mit Stationen in Brest-Litowsk und Bukarest die Ostblockführer über die beschlossene Intervention unterrichtet. Der genaue Zeitpunkt des Beginns wurde allerdings verschwiegen. Keiner warnte Imre Nagy, sonst wäre dieser sicherlich nicht in die Botschaft geflüchtet. Er glaubte den Beteuerungen des sowjetischen Botschafters Andropow in Budapest, der ihm mehrmals wahrheitswidrig versichert hatte, daß die sowjetischen Truppen zurückgezogen würden. Gemeinsam mit Nagy ersuchten insgesamt 43 Personen die jugoslawische Botschaft in Budapest um Asyl, darunter 17 Kinder und 15 Frauen. Der bedeutende Philosoph Georg Lukács, der ebenfalls um Asyl gebeten hatte, bezeichnete später seinen Schritt als einen »geschichtlichen Fehltritt«.⁴ Ebenfalls am 4. November flüchtete der ungarische Kardinal Mindszenty in die amerikanische Botschaft, wo er 17 Jahre verbringen mußte, ehe er nach Rom ausreisen durfte. Nach der sowjetischen Intervention begann die Massenflucht der ungarischen Bevölkerung nach Österreich und später auch nach Jugoslawien. Innerhalb weniger Monate verließen fast 200.000 Personen das Land.

² Bill Lomax: *Magyarország 1956*. Budapest 1989, 86.

³ Veljko Mićunović: *Tito követe voltam. Moskva 1956-1958*. Budapest 1990, 129-130.

⁴ Lomax 86.

Die Sowjets waren über das jugoslawische Asylangebot sehr verärgert, was in Belgrad eine gewisse Überraschung hervorrief. Warum aber boten die Jugoslawen Nagy und den anderen Asyl an, wenn sie sich damit nur Ärger einhandelten? Darüber geben die Gespräche des jugoslawischen Botschafters in Moskau, Mićunović, mit den sowjetischen Führern Auskunft. Am 7. November sprach dieser mit dem Außenminister Schepilow, anschließend traf er Chruschtschow.⁵ Der unmittelbare Anlaß war ein schwerer Vorfall in Budapest, wo sowjetische Soldaten das Botschaftsgebäude umstellt hatten, in dem Nagy sich befand. Die Soldaten schossen in das Gebäude hinein und trafen einen jugoslawischen Diplomaten, der Nagy ähnlich sah, tödlich. Mićunović mußte sich schwere Vorwürfe anhören, weil die Jugoslawen Nagy Asyl gewährten. Nach Auffassung des Kremls habe Nagy den Weg für die sogenannten »Reaktionäre« in Ungarn freigemacht. Die sowjetischen Vorwürfe entsprachen den Klischees der stalinistischen Epoche. Chruschtschow sagte zu Mićunović, daß es von Jugoslawiens Verhalten in dieser Angelegenheit abhängen würde, wie sich die Beziehungen zwischen den beiden Ländern in Zukunft entwickeln würden. Die Tatsache, daß die Jugoslawen Nagy nicht ausliefern wollten, wurde in der Sowjetunion derart verstanden, daß dieser den Anweisungen der Jugoslawen folge und deshalb die Regierung in Belgrad für seine Taten verantwortlich sei. Die Sowjets drohten mit Konsequenzen und wollten offensichtlich Tito in die Enge treiben und kompromittieren. Mićunović entgegnete, daß die Gewährung des Asyls im Sinne der Vereinbarungen von Brioni erfolgt sei. Man habe den Sowjets nur helfen wollen, die Lage in Ungarn zu konsolidieren.⁶ Die Tatsache, daß Nagy in der Botschaft war und dort keine politische Tätigkeit ausüben konnte und durfte, erleichterte die Lage Kádárs. Die Jugoslawen meinten, daß Nagy der Kádár-Regierung helfen könnte, wenn er erklärte, daß er sie unterstützen wolle. Die Sowjets verneinten, daß das Asyl für Nagy im Sinne der Vereinbarungen von Brioni gewährt wurde. Im Grunde genommen konnten beide Seiten diese Gespräche frei interpretieren, da laut Mićunović keine Notizen oder Protokolle während der Unterhaltung zwischen Tito und den sowjetischen Führern gemacht wurden.⁷

Den Jugoslawen war aber klar, daß sie in der Asylangelegenheit in eine Zwickmühle geraten waren, unabhängig davon, ob sie im Sinne der Abmachungen von Brioni handelten oder nicht. Diese Entscheidung führte zu einer erheblichen Mißstimmung zwischen Belgrad und Moskau. Die Belgrader Regierung hatte wenig Chancen, ohne politischen Gesichtsverlust einen Ausweg aus dieser Situation zu finden. Sie konnte davon ausgehen, daß sie, wenn sie Nagy nicht an die Russen oder an Kádár auslieferte, von

⁵ Bericht Schepilows, 7. November 1956. In: *Hiányzó lapok 1956 történetéből. Dokumentumok a volt SZKP levéltárából*. Hg. Vjacseszlav Szereda, Alekszandr Sztikalin. Budapest 1993, 226.

⁶ Mićunović 144.

⁷ Ebenda, 135.

Moskau als Drahtzieherin Nagys und der ungarischen Revolution bezichtigt werden würde, obwohl Tito die sowjetische Intervention vom 4. November gebilligt hatte. Auf der anderen Seite mußte sie, wenn sie Nagy bedingungslos an die Sowjets auslieferte, mit einem erheblichen Prestigeverlust sowohl im Westen als auch im Osten rechnen. Deshalb versuchte sie aus dieser mißlichen Lage einigermaßen unbeschadet herauszukommen und eine Lösung zu finden, die Nagy und seinen Mitstreitern erlauben würde, die Botschaft unbehelligt verlassen zu können. Kádárs Einstellung war zu diesem Zeitpunkt noch etwas unklar, da er seine Macht noch nicht gefestigt hatte, seine Meinung von Tag zu Tag änderte und vor allem den sowjetischen »Ratschlägen« folgte. Zudem versuchte Kádár, die Jugoslawen bei den Sowjets anzuschwärzen, obwohl es gerade Tito gewesen war, der Chruschtschow auf der Insel Brioni empfohlen hatte, Kádár als Ministerpräsident einzusetzen. Chruschtschow hatte zunächst Münnich favorisiert, den er von früher kannte. Für Tito war maßgeblich, daß Kádár unter dem Diktator Rákosi, der Tito durch seine antijugoslawische Kampagne sehr verärgert hatte, inhaftiert war.⁸

Die Jugoslawen erwogen, Nagy und seiner Gruppe in Jugoslawien Asyl zu gewähren. Einen ähnlichen Vorschlag machte auch Kádár dem sowjetischen Botschafter Andropow.⁹ Kádár änderte seine Meinung allerdings kurz darauf, nachdem die sowjetische Führung ihm mitteilen ließ, daß sie strikt gegen die Ausreise Nagys nach Jugoslawien sei. Der sowjetische Standpunkt lautete, es dürfe nicht gleichzeitig zwei ungarische Ministerpräsidenten geben, einen in Budapest und den anderen ausgerechnet in Belgrad. Dies würde die Lage Kádárs nur zusätzlich erschweren. Moskau drängte Kádár in dieser Frage zu einer harten Haltung, da man vermutete, daß die Jugoslawen in der Sache Nagy bald nachgeben würden.¹⁰ Die Sowjets übten deshalb auch einen starken Druck auf Belgrad aus, wollten aber letztendlich keine Zuspitzung der Beziehungen zu Jugoslawien und noch weniger einen erneuten Bruch mit Tito. Es begann ein politisches und diplomatisches Tauziehen um das Schicksal Nagys zwischen Belgrad und Moskau beziehungsweise Budapest.

In Belgrad sprach Kardelj mit dem sowjetischen Botschafter Firjubin und informierte ihn, daß die jugoslawische Regierung schon in der Nacht zum 4. November 1956 die Kontakte zu Nagy – wie mit Chruschtschow auf Brioni vereinbart – aufgenommen habe. Nagy solle überredet werden zu erklären, daß er seinen berühmten Rundfunkappell an die Weltöffentlichkeit nur unter dem Druck der »Reaktionäre« abgegeben habe. Belgrad drängte Nagy ferner, sich in einer Erklärung für die Unterstützung des Kádár-Regimes auszusprechen. Kardelj fragte im Auftrag Titos bei der so-

⁸ Ebenda, 131.

⁹ Andropows Bericht nach Moskau über sein Gespräch mit Kádár, 8. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 144.

¹⁰ Gromykos Antwort an Andropow, 9. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 229-231.

wjetischen Führung an, ob die Verhandlungen mit Nagy fortgesetzt werden sollten oder nicht.¹¹ Die sowjetische Antwort an Kardelj kam postwendend: Es sei nicht mehr notwendig, daß Nagy irgendeine öffentliche Erklärung abgäbe. Dies wäre am 2. oder 3. November nötig gewesen, jetzt aber nicht mehr erforderlich. Die sowjetische Intervention war ja bereits beschlossene Sache. Es wäre zweckmäßig, hieß es weiter aus Moskau, wenn die jugoslawische Regierung Nagy den russischen Truppen übergeben würde, die ihn an Kádár überstellten.¹² Die Jugoslawen waren wiederum der Meinung, daß, nachdem sie Nagy keine politische Betätigung in der Botschaft erlaubt hatten, keine weiteren Schritte gegen ihn mehr nötig wären. Dies würde nur zu großen Unruhen in Ungarn, Jugoslawien und der UNO führen. Die sowjetische Führung legte ihren Standpunkt in der Angelegenheit Nagy auch in einem Brief an Tito und Ranković dar. Kádár, der sich in seiner neuen Position wegen des anhaltenden passiven Widerstands in Ungarn noch nicht sicher fühlte, wollte von Nagy eine Verzichtserklärung erwirken. Danach könne man darüber nachdenken, was mit ihm passieren solle. Er war nach Gesprächen mit Andropow auch strikt dagegen, Nagy nach Jugoslawien ausreisen zu lassen.¹³ Die jugoslawische Regierung versuchte dieses Problem ohne größeren Prestigeverlust zu lösen und schickte den stellvertretenden Außenminister Vidić zu Gesprächen mit Kádár nach Budapest. Der jugoslawische Botschafter in Budapest Soldatić verhandelte bereits am 11. November 1956 mit Kádár über das weitere Schicksal Nagys sowie seiner Gefährten und schlug im Namen seiner Regierung zwei Alternativen vor:¹⁴ Kádár sollte eine Erklärung veröffentlichen, in der er die Sicherheit Nagys und der anderen garantierte, dann könne die Gruppe die Botschaft verlassen und in Ungarn bleiben. Die andere Möglichkeit wäre, daß Nagy und die Gruppe nach Jugoslawien führen, wo sie Asylrecht erhalten würden. Kádár teilte Soldatić mit, ihm sei bekannt, daß zwischen der sowjetischen Führung und Tito ein Briefwechsel geführt werde, in dem die Sowjets vorgeschlagen hätten, die Gruppe um Nagy nach Rumänien zu bringen. Er, Kádár, unterstütze diesen Vorschlag. Soldatić antwortete, diese Lösung gefiele der jugoslawischen Führung nicht, weil sie einen erheblichen Prestigeverlust für Jugoslawien bedeuten würde. Sie seien der Meinung, daß Rumänien nicht das geeignete Land für diese Gruppe wäre. Beim nächsten Gespräch erneuerte Kádár seine Forderung auf Nagys Amtsverzicht und die Anerkennung seiner Regierung. Er und seine Gruppe sollten Selbstkritik üben und sich verpflichten, ihm gegenüber Loyalität zu wahren. Zuerst sollten sie aber an die ungarische Regierung übergeben werden. Wenn sie die geforderte Erklärung

¹¹ Telegramm Firjubins nach Moskau, 4. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 223.

¹² Moskaus Antwort an Firjubin, 4. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 224-225.

¹³ Gromykos Antwort an Andropow und Kádár, 9. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 230.

¹⁴ Suslows und Aristows Meldung nach Moskau, 12. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 232-234.

unterschrieben hätten, könnten sie das Land verlassen und möglicherweise nach Jugoslawien fahren, sagte Kádár.¹⁵

Auf diese Weise täuschte er den Botschafter, da weder er noch die Sowjets die Absicht hatten, Nagy nach Jugoslawien ausreisen zu lassen. Die Jugoslawen waren bereit, das Asyl für Nagy aufzuheben, allerdings verlangten sie für die Gruppe den freien Aufenthalt in Ungarn, weil das Politbüro in Belgrad wünschte, daß Nagy im Lande blieb.¹⁶ Kádár informierte die in Budapest anwesenden Mitglieder des sowjetischen Zentralkomitees Malenkow, Suslow und Aristow, die mit dem Botschafter Andropow im Hintergrund die Fäden zogen, über diese Gespräche. Aus diesen Unterredungen geht klar hervor, daß die jugoslawische Regierung über die Absichten Kádárs und die der Sowjets informiert war, die Gruppe Nagy nach dem Verlassen der Botschaft zwangsweise nach Rumänien bringen zu wollen. Nagy wurde über diese Verhandlungen nicht informiert. Zwischen dem stellvertretenden jugoslawischen Außenminister Vidić und Kádár wurde in Budapest die Vereinbarung getroffen, das Asylrecht für Nagy und seine Gruppe aufzuheben. Im Gegenzug sicherte Kádár mündlich und in einem Brief an die jugoslawische Regierung zu, daß die persönliche Sicherheit Nagys und seiner Gruppe von ihm garantiert werde. Sie würden wegen ihrer Taten während der Revolution nicht zur Verantwortung gezogen.

Die jugoslawische Regierung war mit dieser Lösung einverstanden.¹⁷ So mußte Nagy mit seinen Gefährten die Botschaft am späten Nachmittag des 22. November verlassen.¹⁸ Am selben Tag kam eine rumänische Regierungsdelegation unter der Führung des ersten Parteisekretärs Gheorghe Gheorghiu-Dej in Budapest an, um mit Kádár, Malenkow und Suslow über den geplanten Aufenthalt Nagys in Rumänien zu reden. Das ungarische Außenministerium bat die Bukarester Regierung in einem Brief formell, Nagy und seiner Gruppe Asyl zu gewähren. Es teilte wahrheitswidrig mit, es wäre der Wunsch Imre Nagys nach Rumänien zu fahren.¹⁹

Nagy verließ mit seinen Gefährten, sicherlich mit gemischten Gefühlen, am 22. November um 18.30 Uhr die jugoslawische Botschaft. Es war eine Reise ins Ungewisse. Für Nagy und Szilágyi endete sie tragisch. Die Gruppe verabschiedete sich herzlich von den Botschaftsangehörigen und dann stiegen alle in den von den sowjetischen Militärbehörden bereitgestellten Bus. Zwei jugoslawische Diplomaten stiegen ebenfalls zu, um Nagy zu begleiten. Der Gruppe wurde vorher mitgeteilt, daß jeder vereinba-

¹⁵ Malenkow, Suslow, Aristow an das Zentralkomitee der KPdSU, 17. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 235-236.

¹⁶ Meldung der rumänischen Botschaft in Budapest nach Bukarest, 15. November 1956. In: *Heti Magyarország* 22. Oktober 1993.

¹⁷ *Mićunović* 134.

¹⁸ Malenkows Meldung an das Zentralkomitee der KPdSU, 22. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 165-166.

¹⁹ Brief des ungarischen Außenministeriums an das rumänische Außenministerium, 22. November 1956. In: *Heti Magyarország* 29. Oktober 1993.

rungsgemäß unbehelligt nach Hause fahren könne. Nagy muß aber bereits Schlimmes geahnt haben, da er – als man schon im Bus saß – wieder in die Botschaft zurückkehren wollte, jedoch von den sowjetischen Soldaten und den anwesenden ungarischen Sicherheitsbeamten daran gehindert wurde, auszusteigen. Die Mitarbeiter der Botschaft überredeten ihn, im Bus zu bleiben.²⁰

Der Bus fuhr zur sowjetischen Kommandantur, wo ein Oberstleutnant die beiden jugoslawischen Diplomaten zum Ausstieg zwang. Der Offizier erklärte, er führe nur Befehle aus. Danach setzte der Bus die Fahrt in Begleitung gepanzerter Wagen zur sowjetischen Kaserne am östlichen Stadtrand von Budapest fort, wo die Verschleppten verhaftet wurden. Der jugoslawische Botschafter legte wegen Behinderung seiner Mitarbeiter und wegen Nichteinhaltung der Vereinbarung bei Ferenc Münnich, dem für die bewaffneten Kräfte und die öffentliche Sicherheit zuständigen Minister der Kádár-Regierung, Protest ein. Dieser antwortete, daß er die Sache untersuchen werde, obwohl er derjenige gewesen war, der ungarischerseits die Entführung organisiert hatte. In der Kaserne von Mátyásföld sprach er dann mit Nagy und seiner Gruppe, mit dem vergeblichen Versuch, sie zu einer Erklärung zugunsten des Kádár-Regimes zu bewegen. In Einzelgesprächen beriefen sich die Befragten jedoch darauf, daß sie Gefangene seien, sich nicht frei äußern könnten und auch nicht über die aktuelle Lage in Ungarn informiert wären. So erreichte Münnich im Grunde genommen nichts.²¹ Walter Roman (sein Sohn Petre Roman wurde 1990 Ministerpräsident in Bukarest), Mitglied der rumänischen Regierungsdelegation, unterhielt sich ebenfalls mit Nagy, den er aus der gemeinsamen Komintern-tätigkeit gut kannte. Auch ihm erklärte Nagy kategorisch, daß er Ungarn unter keinen Umständen verlassen wolle und keinerlei Erklärungen zugunsten Kádárs abgeben werde. Er sei nicht frei und wolle sich deshalb politisch nicht äußern. – Von Tito kam zu der Zeit der Rat, in Ungarn zu bleiben.²² In dem geschilderten Verhalten zeigt sich einer der wesentlichen Charakterzüge Nagys: die Beharrlichkeit, mit der er unerschütterlich zu seiner Überzeugung stand. Selbst später, während der Verhöre und des Prozesses, als er schon wußte, was ihn erwartete, blieb er fest bei seiner Überzeugung. Die jugoslawische Regierung zeigte sich über die Verschleppung als Verletzung des Abkommens und den eindeutigen Wortbruch Kádárs empört. Am nächsten Tag empfing Vidić, der die Vereinbarung unterschrieben hatte, den ungarischen Geschäftsträger in Belgrad und verlangte dringend Auskunft darüber, warum die Gruppe Nagy nicht unbehelligt nach Hause zurückkehren durfte. Die jugoslawische Regierung betrachtete die Entfüh-

²⁰ Firjubins Meldung nach Moskau, 24. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 239-240. Siehe auch *Ember Judit: Menedékjog – 1956. A Nagy Imre-csoport elrablása*. Budapest 1989, 27-30.

²¹ *Levél a hőmérőben*. In: 168 óra, 13. Juni 1989.

²² Malenkows, Suslows, Aristows Meldung nach Moskau, 23. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 237-238.

rung als grobe Verletzung des Abkommens, insbesondere deshalb, weil sie kurz nach der Vereinbarung erfolgte. Vidić sagte, sie akzeptiere die Version nicht, daß Nagy und die anderen freiwillig nach Rumänien gegangen seien, weil sie die Einstellung Nagys kenne. Dieses Vorgehen belaste das Verhältnis zwischen Ungarn und Jugoslawien. Die jugoslawische Regierung wundere sich, warum sich die Sowjets hier eingemischt hätten. Deshalb erwarte Jugoslawien von Ungarn und von der sowjetischen Regierung, daß alles Notwendige getan werde, um diese Vereinbarung zu verwirklichen.²³

Die sowjetischen Führer wollten Nagy aber außerhalb Ungarns wissen und waren nicht bereit, auf die jugoslawische Forderung einzugehen. Die Sowjets wußten, daß der jugoslawischen Regierung nichts anderes übrig blieb, als die Tatsachen zu akzeptieren. Im Grunde genommen war die Regierung in Belgrad erleichtert, daß Nagy die Botschaft verlassen hatte, obwohl die Art und Weise, wie es geschah, die Machtlosigkeit Jugoslawiens zeigte und für das Land einen erheblichen Prestigeverlust bedeutete. Die jugoslawische Regierung schickte eine Protestnote an Moskau, und die Sowjets und auch die Rumänen waren überrascht, wie heftig Jugoslawien auf die Verschleppung Nagys reagierte. Der rumänische Parteichef Gheorghiu-Dej schlug der jugoslawischen Führung deshalb nach seiner Rückkehr aus Budapest ein geheimes Treffen entweder in Rumänien oder in Jugoslawien vor.²⁴ Dieses Treffen fand am 27. November 1956 im Grenzgebiet statt. Auf jugoslawischer Seite nahmen Ranković und Kardelj daran teil, Rumänien wurde durch Bodnăraş und Borilo vertreten. Die Rumänen versuchten Ranković und Kardelj zu überzeugen, kein großes Aufhebens vom Abtransport Nagys nach Rumänien zu machen. Parteichef Gheorghiu-Dej berichtete telefonisch nach Moskau über das Treffen, das er für so wichtig erachtete, daß er keine Einzelheiten nennen wollte, sondern Bulganin um Erlaubnis bat, zur Berichterstattung persönlich nach Moskau kommen zu dürfen. Auch die Rumänen versuchten vergeblich, Nagy zum Amtsverzicht und zur Anerkennung der Kádár-Regierung zu überreden. Gheorghiu-Dej und Bodnăraş flogen anschließend zum Geheimtreffen nach Moskau, wo sie die sowjetische Führung über das Treffen mit Ranković und Kardelj informierten.²⁵

Tito wollte die Lage gleichfalls nicht zuspitzen, und deshalb sprachen er und Ranković Anfang Dezember, anläßlich eines Empfangs der sowjetischen Vertretung in Belgrad, mit dem Botschafter. Ranković sagte dem sowjetischen Diplomaten, es wäre falsch anzunehmen, Nagy sei der Mann

²³ Firjubins Telegramm an das Präsidium der KPdSU, 24. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 252.

²⁴ Nikolaews (sowjetischer Botschafter in Bukarest) Meldung nach Moskau, 26. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 244-245.

²⁵ Bulganins Brief an das Präsidium der KPdSU, 27. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 246-247.

der Jugoslawen. Tito erklärte ihm, daß es ein großer Fehler gewesen wäre, Nagy aus Ungarn zu entfernen, anstatt ihn dort von seiner Gruppe zu isolieren und im Lande zu lassen. Die Tatsache, daß Nagy nach Rumänien gebracht wurde, faßte Tito als Mißtrauen gegenüber Jugoslawien auf, zumal Nagy in sein Land hätte kommen können. Er meinte auch, daß die Geschehnisse um Nagy der Sowjetunion großen politischen Schaden zugefügt hätten. Es wirke sich zudem nachteilig aus, daß auch Frauen und Kinder nach Rumänien deportiert worden seien.²⁶

Nagy und seine Gefährten wurden mit drei sowjetischen Flugzeugen nach Bukarest geflogen. Da sie über das Ziel des Fluges nicht informiert wurden, dachten sie bei der Landung, sie wären in der Sowjetunion. Erst dort erfuhren sie, daß sie sich in Rumänien befanden. Die Gruppe wurde von Bukarest in den etwa 40 km nördlich der Hauptstadt gelegenen Erholungsort Snagov transportiert. Die meisten wurden in einem Erholungsheim der rumänischen Parteiführung untergebracht. Nagy wurde zusammen mit seiner Frau streng isoliert von den anderen in einem Haus am See einquartiert. Den Ort durften sie nicht verlassen und standen unter rumänischer Bewachung. Die Unterbringung und die Verpflegung waren ordentlich. Kállai, der Abgesandte Kádárs, berichtete Ende Januar 1957 nach seinem Besuch in Rumänien, obwohl er gar nicht in Snagov gewesen war, boshaft darüber, daß sie »fürstlich« untergebracht und verpflegt würden. Er ordnete daraufhin an, daß die Verpflegung der Gruppe eingeschränkt werden sollte. Nagy wurde mehrmals von Mitgliedern der rumänischen Führung, wie Walter Roman, Emil Bodnăraş und Alexandru Moghioroş, besucht. Seine Frau und er wurden sogar einmal für einige Tage zur Untersuchung ins Regierungskrankenhaus nach Otopeni gebracht.

Beide verbrachten die Zeit, so gut es ging, mit Lesen, Spazierengehen und mit dem Unterricht der Enkelkinder. Allerdings waren ihre Informationsmöglichkeiten stark eingeschränkt. Radio konnten sie nur selten hören, und Zeitungen erhielten sie nur sporadisch. Während dieser Zeit begann Nagy, seine Memoiren unter dem Titel „Stürmische Zeiten“ zu schreiben. Nach seiner Verhaftung im April 1957 wurde sein Manuskript vom ungarischen Innenministerium beschlagnahmt und erst 1989 seiner Tochter Erzsébet Nagy ausgehändigt. Es fehlten dabei etwa 80 Seiten, die auch später nicht wieder auftauchten.²⁷ Der ungarische Rundfunk teilte am 23. November 1956 mit, daß Nagy und seine Gruppe »auf eigenen Wunsch« nach Rumänien ausgeist seien.²⁸ Die jugoslawische Regierung verbreitete, um ihren Prestigeverlust herunterzuspielen, eine ähnliche Version, mit der Ergänzung, daß auch sie Asyl angeboten habe, was aber von der Gruppe abgelehnt worden wäre, die statt dessen Rumänien bevorzugt

²⁶ Protokoll über die Sitzung des Zentralkomitee-Präsidiums in Moskau, 2. Dezember 1956. In: *Hiányzó lapok* 247-248.

²⁷ Peter *Unwin*: A pusztából kiáltott szó. Budapest 1992, 149.

²⁸ Ebenda, 150.

hätte. Kádár erklärte am 26. November in einer Rundfunkansprache, daß er nur dem Wunsch Nagys entsprochen habe, Ungarn verlassen zu dürfen. Er sagte: »Wir haben versprochen, daß wir trotz der von ihm und von seiner Gruppe zugegebenen schweren Schuld kein Strafverfahren gegen sie einleiten wollen. Wir werden unser Versprechen halten.«²⁹ Es wurde nicht gehalten, und Kádár hat sein Versprechen nicht das erste und nicht das letztmal gebrochen. Die Bevölkerung Ungarns war wegen der Verschleppung Nagys sehr aufgebracht. An vielen Orten fanden Proteste und Streiks statt, und man verlangte vergeblich seine Rückkehr. Rumänien versuchte die Deportation als normalen Vorgang darzustellen. Der rumänische Delegierte bei der UNO erklärte am 3. Dezember, daß seine Regierung dem offiziellen ungarischen Wunsch entsprochen habe, Nagy in seinem eigenen Interesse und zur Wiederherstellung der Ordnung in Ungarn politisches Asyl zu gewähren. Der Aufenthalt sei nur vorübergehend, und die Leute würden in Rumänien ordentlich behandelt.

Die Verschleppung Nagys und seiner Gefährten nach Rumänien brachte Kádár die Festigung der Beziehungen zu den Sowjets. Die in Budapest anwesenden Malenkow und Suslow stellten in ihren Berichten für Moskau mit Zufriedenheit fest, daß die »ungarischen Genossen entschiedener geworden sind«. Selbst innerhalb der Partei träten sie gegen wankelmütige Mitarbeiter auf, die nach sowjetischer Lesart die Konsolidierung der Partei und die Stärkung der Regierung behinderten. Die Sowjets stellten mit Genugtuung fest, daß die rumänische Regierungsdelegation in Budapest gute Arbeit geleistet und Kádár den Rücken gestärkt habe. Über die Beurteilung der Lage in Ungarn und bezüglich der durchzuführenden Maßnahmen waren sich die Sowjets und die Rumänen in allen Punkten einig.³⁰ Kádár verkündete in einer Rede vor Parteiaktivisten, daß die Verhaftungen fortgesetzt und sogar verstärkt würden.³¹ Trotz des härteren Kurses gab es selbst in der Parteiführung einige, die mit Nagy sympathisierten und sogar vorschlugen, daß man ihn in die Regierungsbildung einbeziehen solle. Aber Kádárs Linie verhärtete sich in zunehmendem Maße. Der erste Beschluß der Parteiführung über Nagy vom 4. Dezember enthielt schon erhebliche Kritik an dessen Auffassung und Tätigkeit. Er und Géza Losonczy wurden als »parteiinterne Opposition« bezeichnet. Ihre Tätigkeit sei eine der Ursachen des Aufstandes gewesen, hieß es.³² Dieser Beschluß war aber noch relativ »mild« im Vergleich zu den späteren Beschuldigungen gegen Nagy, in denen er als Verschwörer und Verräter abgestempelt wurde. Bei einem Treffen mit Gorbatschow 1985 sagte Kádár, daß Nagy zwar den Auf-

²⁹ Lomax 85.

³⁰ Bericht von Malenkow, Suslow, Aristow nach Moskau, 24. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 175-177.

³¹ Bericht von Malenkow, Suslow, Aristow nach Moskau, 26. November 1956. In: *Hiányzó lapok* 178-179.

³² Rainer M. János: A Nagy Imre-per. In: *História* 17 (1995) Nr. 9/10, 18-20.

stand nicht gewollt habe, aber die Logik der Ereignisse dazu geführt habe, daß Nagy zum Verräter der Partei und des Landes geworden sei. Der alte Kádár hielt an seiner Beschuldigung auch noch nach 30 Jahren hartnäckig fest. Er wollte keine Versöhnung mit seinen einstigen Opfern.³³

Der Gedanke, Nagy strafrechtlich zur Verantwortung zu ziehen, tauchte erstmals beim Treffen der fünf osteuropäischen Parteiführer vom 1. bis 3. Januar 1957 in Budapest auf, wurde aber offensichtlich nur am Rande erwähnt, da er im Kommuniqué fehlt. Es ist auch nicht bekannt, welche Delegation dies überhaupt erwähnt hatte.³⁴ Kádár schickte das Politbüromitglied Gyula Kállai Ende Januar 1957 zu Verhandlungen mit der Nagy-Gruppe nach Bukarest.³⁵ Mit seiner Reise wollte er erreichen, daß Nagy eine auf den November 1956 rückdatierte Verzichtserklärung unterschreibt und öffentlich Selbstkritik übt. Kállai sollte außerdem die kooperationsbereiten Mitglieder der Gruppe von Nagy und seinen Freunden trennen. Die Reise war nicht nur ein Mißerfolg, sondern Kállai vergiftete durch sein Auftreten die Atmosphäre noch mehr. Er fuhr nicht einmal nach Snagov, wo sich die Gruppe befand, sondern ließ diese nach Bukarest kommen, benahm sich überheblich und aggressiv und konnte oder wollte mit den Leuten nicht richtig umgehen. Eine Selbstkritik oder gar einen Verzicht hat er von Nagy nicht mitbringen können, denn dieser stand fest zu seiner Überzeugung. Kállai erfuhr lediglich, daß der Philosoph Georg Lukács und zwei andere sich von der Gruppe trennen und nach Ungarn zurückkehren wollten. Nach der Erzählung von György Aczél bedauerte Kádár später, Kállai nach Bukarest geschickt zu haben. »Ich war ein Rindvieh«, sagte er zu Aczél. Er hatte geglaubt, daß Kállai, der mehrere aus der Gruppe in Snagov gut kannte, Nagy und die anderen zum Einlenken überreden könnte.³⁶ Im Gespräch mit Kállai in Bukarest erklärte Nagy, daß er sich keineswegs schuldig fühle, da er nur Gutes tun wollte. Seine Maßnahmen als Ministerpräsident seien richtig gewesen, und die Lage in Ungarn hätte sich ohne den sowjetischen Eingriff auch weiter stabilisiert, zumal vor der Intervention schon überall Ruhe geherrscht habe. Nagy sagte ihm, die Forderung nach Abzug der Russen sei von den Studenten und der Arbeiterschaft gekommen, und er habe dies akzeptiert. Interessanterweise fragte Nagy Kállai, ob man ihn weiterhin als Parteimitglied betrachte. Die Antwort war: »Nein«. Offensichtlich beurteilte Nagy seine Lage immer noch zu optimistisch und war nicht bereit, von seiner Position abzurücken und vor Kádár einen Kotau zu machen. Újhelyi, ein Mitglied der Gruppe und alter Bekannter Kállais, sah hingegen die Zukunft schon düsterer und warf ihm vor, daß man in Budapest mit Nagy einen neuen Rajk-Prozeß veranstalten

³³ *Magyar Nemzet* 5. Januar 1994.

³⁴ Urbán Károly: Magyarország és a Szovjetunió, 1957. In: *História* 17 (1995) Nr. 9/10, 6-9.

³⁵ *Rainer* 18.

³⁶ *Erényi Tibor – Sipos Levente: Két beszélgetés Aczél Györggyel.* In: *História* 17 (1995) Nr. 1, 27-30.

wolle.³⁷ Kállai sprach in Bukarest auch mit rumänischen Regierungsmitgliedern und dem anwesenden Vertreter des Zentralkomitees der KPdSU, Ponomarenko, der Moskau über das Gespräch informierte. Nach seiner Rückkehr nach Budapest am 27. Januar 1957 berichtete Kállai dem Politbüro (mit dem umständlichen Namen Provisorischer Exekutivausschuß) der ungarischen KP von seiner Reise. In seinem Bericht gibt es keinen Hinweis darauf, daß die Sowjets oder die Rumänen einen Prozeß gegen Nagy verlangt hätten. Im Gegenteil, er betonte ausdrücklich, daß seine Gesprächspartner in Bukarest seine Vorschläge und seine Meinung bezüglich der Gruppe Nagy voll akzeptierten. Kállai trug einen voreingenommenen und böartigen Bericht vor. Er mokierte sich darüber, daß die Gruppe in Snagov geradezu »fürstlich« versorgt werde, da sie Orangen und Bananen erhielten. Außerdem seien sie mit Winterkleidern ausgerüstet worden und hätten so viele Nylonsachen, daß sie geradezu darin wühlen könnten. Er verordnete in Bukarest, daß die Versorgung der Gruppe mit Lebensmitteln und Kleidung eingeschränkt werden solle.³⁸ Immerhin bestand die etwa vierzigköpfige Gruppe um Nagy in Snagov in der Mehrzahl aus Frauen und Kindern. Kállai fügte damit auch ihnen Schaden zu.

Aufgrund seines Berichtes wurden drei Personen, die die geforderte Unterwerfungserklärung unterschrieben hatten, mit ihren Frauen von der Gruppe getrennt und konnten später nach Ungarn zurückkehren. Das hatte seinen Preis: Georg Lukács verpflichtete sich zum Verzicht auf jegliche öffentliche Betätigung und somit auch auf seine Professur.³⁹ Über Nagy äußerte er sich allerdings nicht. Angeblich sagte er, daß er ihn erst dann kritisieren wolle, wenn sich Nagy wieder frei in Budapest bewegen könne.⁴⁰ Der Judas der Gruppe, Zoltán Szántó, durfte Snagov verlassen, mußte aber noch eine Weile in Rumänien bleiben. Später konnte er nach Budapest zurückkehren, wo er im Nagy-Prozeß als Belastungszeuge mit einer Fülle zweifelhafter Anschuldigungen hervortrat.

Die Vorbereitung des Prozesses

Die Sitzung des Politbüros in Budapest bedeutete einen Wendepunkt für das Schicksal Nagys und seiner Gefährten. Die Weichen wurden in Richtung eines Prozesses gestellt. Es wurde beschlossen, mit der Sammlung von

³⁷ *Az MSZMP és a Nagy Imre-csoport. Kállai beszámolója.* In: *História* 15 (1993) Nr. 8, 13-16. Der damalige Innenminister Kádár wirkte, nach den neuesten Forschungen, maßgeblich an den Verhören und Folterungen des ehemaligen Innen- und Außenministers mit. Sein Verhalten war um so schlimmer, weil er wußte, daß die Beschuldigungen frei erfunden und erlogen waren und ihn vorher mit Rajk eine Freundschaft verbunden hatte. Der Prozeß fand im September 1949 statt. Siehe *Rajk kihallgatási jegyzőkönyve.* In: *História* 17 (1995) Nr. 7, 19-25.

³⁸ *Az MSZMP és a Nagy Imre-csoport* 15.

³⁹ Brief von Kiss Károly nach Moskau, 5. März 1957. In: *Hiányzó lapok* 258.

⁴⁰ *Ember* 85.

belastendem Material über die Tätigkeit der Nagy-Gruppe zu beginnen. Zum alleinigen Verantwortlichen der Angelegenheit wurde Kádár ernannt, der somit alle Fäden in der Hand hielt und nach eigenem Gutdünken handelte. Über diese Sitzung, an der lediglich sieben Personen teilnahmen, wurde Geheimhaltung vereinbart. Das Protokoll versah Kádár mit dem Vermerk: »Ich habe es gesehen.«⁴¹ Das weitere Schicksal Nagys blieb bis zum Prozeß und noch Jahrzehnte danach das größte und bestgehütete Geheimnis der Kádár-Ära. Im gewöhnlich gut informierten Ungarn, wo es kaum ein Ereignis gab, das nicht in allernächster Zeit zum Gemeingut wurde, blieben die Umstände und Hintergründe des Nagy-Prozesses vor der Öffentlichkeit im wesentlichen verborgen. Erst nach 1989 kamen Akten und Filmaufnahmen über den Prozeß aus den Geheimarchiven zum Vorschein. Kádár wußte wohl, warum er alles verheimlichen ließ.

Ende Januar 1957 hielt Kádár zwei öffentliche Reden in Ungarn, in denen er Nagy beschuldigte, den Aufstand angezettelt zu haben und ein Verräter zu sein. Nach der erfolglosen Reise Kállais nach Bukarest sah er wahrscheinlich ein, daß er von Nagy keine Verzichtserklärung bekommen würde und verfolgte von nun an das Ziel, Nagy endgültig zu beseitigen. Ob er dies aus politisch-taktischen Gründen tat oder aus Rache, weil Nagy nicht zurücktreten wollte, oder aus beiden Gründen, mag dahingestellt bleiben. Kádár ging in der Folgezeit sehr zielbewußt und listig vor. In der Parteiführung, das heißt im Zentralkomitee, hatte sich bis dahin noch keine einheitliche Meinung über die Behandlung Nagys herausgebildet, und Kádár selbst äußerte sich bis Ende Januar sehr zurückhaltend über ihn. Diese anfängliche Zurückhaltung hatte jedoch taktische Gründe: Die neue Führung war in der Bevölkerung sehr verhaßt und die Lage bis Januar 1957 noch nicht ganz konsolidiert, denn der passive Widerstand in der Bevölkerung war weiterhin relativ groß. Deshalb wollte Kádár die Bevölkerung nicht mit neuen Angriffen gegen Nagy provozieren. Selbst im Zentralkomitee seiner Partei gab es Mitglieder, die noch im November 1956 für Verhandlungen mit Nagy eingetreten waren. Diese waren nicht bereit, ihn ohne weiteres zum Verräter zu erklären.

Die Vertreter der harten Linie – Marosán, Münnich, Kállai, Biszku – saßen im Politbüro und waren mit Kádár einer Meinung, daß Nagy und seine Gefährten vor Gericht gestellt werden sollten. Diese Hardliner hatten bereits im Januar 1957 die relativ »milde« Partieresolution über Nagy vom Dezember 1956 neu bewertet, ohne das Zentralkomitee zu informieren und eine entsprechende neue Resolution vorzulegen. Da selbst im Zentralkomitee keine einheitliche Meinung über das Vorgehen gegen Nagy herrschte, war es für Kádár Anfang 1957 noch schwierig gewesen, einen gemeinsamen Standpunkt in der Frage einer Gerichtsverhandlung gegen Nagy zu

⁴¹ Az MSZMP és a Nagy Imre-csoport 16.

erreichen.⁴² In der Zeit von Dezember 1956 bis April 1957 wurde auch kein Zentralkomitee-Beschluß über einen möglichen Nagy-Prozeß gefaßt. Kádár ging in dieser Angelegenheit fortan brutal gegen die Zweifler vor und griff anläßlich einer Zentralomitee-Sitzung Ende Februar 1957 die zögernden Mitglieder, die noch nicht auf die harte Linie gegen Nagy umgeschwenkt waren, an und zwang sie zur Selbstkritik. Zwei Mitglieder wurden im Sommer 1957 sogar aus dem Zentralkomitee ausgeschlossen.⁴³ Den übrigen Zweiflern wurde damit vorgeführt, was sie zu erwarten hätten, wenn sie nicht der Linie Kádárs folgten. Diese Sitzung war ein Sieg Kádárs und stärkte ihm den Rücken für seine bevorstehende Reise nach Moskau.

Über einen Prozeß gegen Nagy wurde zwar in der Zentralkomitee-Sitzung noch nicht gesprochen, die unmittelbare Umgebung Kádárs begann jedoch bereits mit den politischen und organisatorischen Vorbereitungen dafür. Kállai fuhr Anfang März 1957 nochmals nach Bukarest, sprach dort mit dem sowjetischen Zentralkomitee-Mitglied Ponomarjow und informierte ihn, daß man sich im Politbüro entschlossen habe, Nagy den Prozeß zu machen. Die Zentralkomitee-Mitglieder sollten allmählich darauf vorbereitet werden. Zweck seiner Reise nach Bukarest war, sich mit der rumänischen Regierung im weiteren Vorgehen gegen die Nagy-Gruppe abzustimmen. Kállai vereinbarte, daß mehrere Mitarbeiter des ungarischen Innenministeriums nach Bukarest kommen sollten. Die ungarischen Staatssicherheits-Offiziere würden zunächst diejenigen Mitglieder der Gruppe verhören, gegen die schon genügend »Belastungsmaterial« in Budapest zusammengestellt worden sei. Kállai teilte seinen rumänischen Gesprächspartnern mit, daß die ungarische Führung beschlossen habe, die Untersuchungen in mehreren Etappen durchführen zu lassen. Sie sollten sukzessive auf alle Mitglieder der Gruppe ausgedehnt werden. Die rumänischen Gesprächspartner bekundeten ihre Bereitschaft, in dieser Angelegenheit mit den ungarischen Staatssicherheits-Offizieren zusammenzuarbeiten, teilten aber Kállai mit, daß die interne Bewachung der Gruppe und die Verhöre von den ungarischen Sicherheitsorganen durchgeführt werden sollten. Kállai sprach diesmal nur mit denjenigen Mitgliedern der Gruppe, die nach Ungarn zurückkehren durften, wie Lukács und Szántó. Nach der Abreise Kállais äußerten die rumänischen Politiker gegenüber Ponomarjow, daß das Verfahren gegen Nagy nicht mit dem nötigen Druck vorangetrieben würde. Ponomarjow schlug in seinem Bericht an Moskau vor, in dieser Angelegenheit einige »Berater« aus dem sowjetischen Innenministerium zur Unterstützung der Ungarn nach Rumänien zu schicken. Aber offensichtlich wurde kein Druck auf Kállai oder Kádár ausgeübt, weitere Schritte gegen Nagy zu unternehmen.⁴⁴ Kádár fuhr Ende März 1957 mit einer Regierungsdelegation für eine Woche nach Moskau. Bei den Verhand-

⁴² *Magyar Nemzet* 10. Januar 1994.

⁴³ Ebenda.

⁴⁴ Ponomarjows Bericht nach Moskau, 12. März 1957. In: *Hiányzó lapok* 260-263.

lungen standen Wirtschaftsfragen im Vordergrund, denn Ungarn benötigte dringend Hilfe von der Sowjetunion, um die daniederliegende Wirtschaft in Ordnung bringen zu können. Die Sowjets sprachen die Angelegenheit Nagy von sich aus nicht an, und Kádár bemerkte in seinem Bericht über die Moskauer Verhandlungen: »Wir haben das Thema erwähnt. Die sowjetischen Genossen billigten, daß wir sie zur Verantwortung ziehen. Man kann überlegen, ob dies in Kürze oder später geschehen soll, aber sie halten es für richtig, daß wir es tun wollen.«⁴⁵ Kádár sagte im Politbüro in Budapest, daß man mit der Vorbereitung des Prozesses bald beginnen solle. Man könne nicht acht bis zehn Monate oder sogar Jahre warten, bis es geschähe. Kádár wollte den Fall schnell hinter sich bringen, während die sowjetische Führung im Hinblick auf das mögliche internationale Echo eher zögerte. Seitdem Nagy in Rumänien unter Hausarrest stand, kümmerten sich die Sowjets von sich aus kaum um diese Angelegenheit, da Nagy für sie politisch gesehen uninteressant geworden war. Um so wichtiger erschien es Kádár, hier schnell zu einer Entscheidung zu gelangen. Er führte sogar auch die sowjetischen Führer irre, indem er in Moskau einen handgeschriebenen Brief seines Kumpanen und Politbüromitglieds Marosán vorlegte, wonach der Nagy-Prozeß von der ungarischen Parteileitung gewünscht würde, obwohl im Zentralkomitee noch keine Entscheidung getroffen worden war. Kádár konnte erfolgreich mit erheblicher Unterstützung aus Moskau nach Ungarn zurückkehren, zumal die Sowjets ihm umfangreiche Wirtschaftshilfe zugesagt hatten. Von diesem Zeitpunkt an stand er sicher und unangefochten an der Spitze der ungarischen Führung. Der in der Moskauer Verbannung lebende ehemalige ungarische Parteichef Rákosi wurde von der sowjetischen Führung endgültig ins politische Abseits gestellt, so daß ihm auch von da keine Gefahr mehr drohte. Er bewunderte und fürchtete Rákosi, dem er als Innenminister bis 1950 treu gedient und für den er die schmutzige Arbeit, insbesondere im Rajk-Prozeß, erledigt hatte. Danach wurde er von Rákosi jahrelang in Haft gehalten, der den erheblich jüngeren Kádár – der vor ihm großen Respekt hatte – herablassend behandelte. »Mein Sohn Kádár, du mußt noch viel lernen«, sagte er einmal zu ihm.⁴⁶ Kádár war ein gelehriger Schüler und forderte nach seiner Rückkehr aus Moskau eine gnadenlose Abrechnung mit den Teilnehmern des Aufstandes. Auf der Sitzung des Politbüros der ungarischen KP Anfang April 1957 verkündete er: »Anstatt viel zu verhandeln, muß man gegen die ›Reaktionäre‹ ernsthaft vorgehen. Es müssen Volksgerichtshöfe aufgestellt werden, die ›Reaktionäre‹ sollen scharenweise vor Gericht geschleppt, zum Tode verurteilt und hingerichtet werden.« Es war die blutrünstigste Rede, die Kádár je gehalten hatte.⁴⁷ Damit begann eine der wohl größten Vergeltungskampagnen der ungarischen Geschichte, wobei Zehntausende verur-

⁴⁵ Horváth Miklós: Maléter Pál. Budapest 1995, 272.

⁴⁶ *Erényi – Sipos* 29.

⁴⁷ *Magyar Nemzet* 10. Januar 1994.

teilt und Hunderte hingerichtet wurden. Kádár ließ auf der Sitzung des Politbüros am 9. April 1957 den Beschluß fassen, daß Nagy und seine Gefährten verhaftet und vor Gericht gestellt werden sollten. Über das Strafmaß wurde noch nicht gesprochen. Auf dieser Sitzung hielt Kállai ein Referat, in dem er die ungarische Revolution von 1956 aus »marxistischer« Sicht darstellte und beurteilte. Seine Rede tauchte später sogar wortwörtlich in der Anklageschrift und in der Urteilsbegründung gegen Imre Nagy auf.⁴⁸ Einige Tage zuvor, am 5. April 1957, schickte Kádár einen Brief an den rumänischen Ministerpräsidenten Chivu Stoica, in dem er um die Aufhebung des Asylrechts Nagys und weiterer acht Personen bat. Zur Begründung hieß es darin, daß in den letzten Monaten belastende Tatsachen aufgetaucht seien, derentwegen Nagy und die anderen zur Verantwortung gezogen werden müßten. Kádár bat um eine schnelle Antwort, damit Nagy und die anderen bald nach Ungarn zurückgebracht werden könnten, wo gegen sie ein Gerichtsverfahren eröffnet würde.⁴⁹ Nagy wurde am 14. April von ungarischen Staatssicherheits-Offizieren in Snagov verhaftet und nach Bukarest gebracht. Etwa um die gleiche Zeit wurden auch die anderen Mitglieder der Gruppe verhaftet und zusammen mit Nagy nach Ungarn transportiert,⁵⁰ während die Frauen und Kinder noch über ein Jahr in Rumänien blieben.⁵¹

Nagy und seine Gefährten wurden in dem berüchtigten Staatssicherheits-Gefängnis in der Fő-utca von der Außenwelt und von den anderen Gefangenen streng isoliert inhaftiert. Dort begannen die Verhöre. Sie blieben in diesem Gefängnis bis zu ihrer Verurteilung im Juni 1958. Die ungarische Führung hatte zu dieser Zeit noch keine klare Vorstellung, wie der Prozeß ablaufen sollte. Zuerst war ein getrenntes Verfahren gegen Verteidigungsminister Maléter und den Budapester Polizeichef Oberst Kopácsi vorgesehen, die von der sowjetischen Seite als Angeklagte ins Gespräch gebracht worden waren.⁵² Dieser Plan wurde später fallengelassen, und die beiden wurden in den Nagy-Prozeß einbezogen und angeklagt. Maléter und Kopácsi hatten sich nicht in Snagov aufgehalten, sie wurden von den Sowjets in Ungarn festgenommen. Einige Mitglieder der Nagy-Gruppe, die in Rumänien gewesen waren, wurden wiederum in getrennten Verfahren mit anderen Aufständischen zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt. Der Staatsminister der Nagy-Regierung, Géza Losonczy, ebenfalls Mitglied der Snagov-Gruppe, sollte einer der Hauptangeklagten sein, starb aber noch vor Prozeßbeginn im Gefängnis infolge einer Zwangsernährung unter höchst merkwürdigen Umständen.

⁴⁸ Rainer 18.

⁴⁹ *Heti Magyarországnak* 15. Oktober 1993.

⁵⁰ Rainer 19.

⁵¹ *Szabadság* 3. Mai 1996.

⁵² Protokoll des Zentralkomitees der KPdSU, 22. Februar 1957. In: *Hiányzó lapok* 257.

Der ehemalige Staatspräsident Zoltán Tildy von der Kleinlandwirtepartei und der Journalist Miklós Gimes wurden neben Maléter und Kopácsi in den Kreis der Angeklagten einbezogen. Über General Béla Király, der in die Vereinigten Staaten von Amerika geflüchtet war, wollte man in Abwesenheit verhandeln. Mit den Beschuldigungen sollte bewiesen werden, daß Nagy während des Aufstandes mit Personen und Gruppierungen zusammengearbeitet hatte, die gegenüber der Partei und dem Sozialismus feindlich eingestellt waren. Die Parteiführung wollte die Bevölkerung auf den Prozeß gegen Nagy vorbereiten und griff darum in den folgenden Monaten Nagy und andere Teilnehmer des Aufstandes in öffentlichen Reden immer härter an. Gleichzeitig fanden Massenverhaftungen und zahlreichen Prozesse gegen weitere Beteiligte des Aufstandes statt. Die Volksgerichtshöfe arbeiteten fleißig und unbarmherzig.

Mitte Juni fand eine Sitzung des Zentralkomitees statt, und Kádár beschuldigte die Gruppe Nagy, 1956 in das Lager der Feinde des Sozialismus übergewechselt zu sein. Kádár sagte, daß die Ermittlungen gegen Nagy und die anderen noch andauerten. Wenn die grundlegenden Tatbestände geklärt seien, werde er diese Angelegenheit dem Zentralkomitee wieder vorlegen.⁵³ Um jegliche abweichende Meinung auszuschalten, wurden zwei Mitglieder des Zentralkomitees, die im November 1956 eine sanftere Gangart gegenüber Nagy befürwortet hatten, aus diesem Gremium ausgeschlossen, wodurch die übrigen möglichen Zweifler eingeschüchtert und endgültig auf die harte Linie Kádárs gezwungen wurden.⁵⁴ Kurz vor dieser Sitzung war Kádár mit Biszku heimlich in Moskau gewesen, wo er von den Untersuchungen gegen Nagy berichtet hatte.⁵⁵ Die Verhöre der Nagy-Gruppe gingen weiter, sie waren im erwähnten Gefängnis eingesperrt und hatten keinen Kontakt zu Verwandten und zur Außenwelt. Physischer Zwang wurde zwar nicht angewendet, aber die Untersuchungsbehörden versuchten krampfhaft, Nagy und seinen Mitangeklagten Verbindungen zu den sogenannten »Reaktionären« und den »imperialistischen Kreisen« nachzuweisen, wobei Kleinigkeiten und Belanglosigkeiten zu wesentlichen Tatsachen aufgebauscht wurden. Nagy wurde der geistigen Vorbereitung und Führung des Aufstandes beschuldigt. Trotzdem dauerten die Ermittlungen lange an, da die Verhöre im Grunde genommen nicht viel brauchbares Material ergaben. Die Anschuldigungen bestanden meistens aus propagandistisch motivierten Vorwürfen und Unterstellungen, und die Ermittlungen und Verhöre wurden von Mitarbeitern des Innenministeriums unter größter Geheimhaltung durchgeführt. Der sowjetische Botschafter in Budapest, Andropow, führte Ende August ein Gespräch mit dem ungarischen Innenminister Béla Biszku über die Vorbereitungen des Prozesses. Aufschlußreich war die Meldung Andropows über dieses Gespräch an das

⁵³ Rainer 19.

⁵⁴ Horváth 276.

⁵⁵ Rainer 20.

Zentralkomitee nach Moskau, da sie ungeschminkt die Vorgehensweise der ungarischen Parteileitung gegen Nagy wiedergab.⁵⁶

Biszku teilte Andropow mit, daß neben dem Hauptverfahren gegen Nagy auch weitere Nebenprozesse in dieser Angelegenheit stattfinden würden. Das ungarische Politbüro beschloß, die Verhandlung gegen Nagy ab September 1957 unter Ausschluß der Öffentlichkeit abzuhalten. Biszku wurde vom Politbüro angewiesen, in der Anklageschrift drei Hauptthemen besonders herauszuarbeiten: Gewaltsame Machtergreifung, Organisierung einer Verschwörung zum Sturz der demokratischen Staatsordnung und die Zusammenarbeit mit den Imperialisten. Das Politbüro billigte diesen Entwurf, den Biszku im Auftrag Kádárs im August nach Moskau gebracht hatte.⁵⁷ Er wurde auch beauftragt, die Anklageschrift an die Staatsanwaltschaft weiterzuleiten, über das Strafmaß traf man jedoch noch immer keine Entscheidung. Bei den Diskussionen im Politbüro wurde die Meinung vertreten, daß einige der Angeklagten milder, andere, wie Nagy, Maléter, Gimes, Losonczy und Szilágyi, hart bestraft werden sollten. Der greise Kádár behauptete später, die Gerichte hätten ihn von der Schuld der Angeklagten überzeugt, und daher habe er keine Gnade walten lassen.

Biszku berichtete Andropow auch, daß das Innenministerium in Verbindung mit Nagy »kompromittierende« Tatsachen über die jugoslawische Regierung gefunden hätte. Das Politbüro entschied jedoch, daß diese bei der Verhandlung nicht erwähnt werden sollten. Man wollte aber gleichzeitig besondere Aktennotizen über die Rolle Jugoslawiens während des Aufstandes erstellen und diese dem Untersuchungsmaterial beifügen. Die Beteiligten rechneten nämlich damit, daß die jugoslawische Regierung wegen des Bruchs der Vereinbarung über das freie Geleit für Nagy protestieren würde. Es wurde auch eine Note vorbereitet, in der die jugoslawische Regierung beschuldigt wurde, zugelassen zu haben, daß Nagy während seines Aufenthalts in der Botschaft staatsfeindliche Aktivitäten ausübte. Die Behauptung entbehrte jeglicher Grundlage, da Nagy und seiner Gruppe jegliche politische Aktivität und Kontakte zur Außenwelt in der Botschaft untersagt waren.

Um die ausländische und inländische Öffentlichkeit auf den Nagy-Prozeß vorzubereiten, hatte das Politbüro entschieden, zunächst diejenigen Schriftsteller vor Gericht zu stellen und zu verurteilen, die in enger Beziehung zu Nagy standen. So wurde der berühmt-berüchtigte Schriftsteller-Prozeß geplant, in dem über die Landesgrenzen hinaus bekannte Autoren, wie Tibor Déry, Gyula Háý, im November 1957 zu langjährigen Freiheitsstrafen verurteilt wurden. Obwohl der Prozeß unter Ausschluß der Öffent-

⁵⁶ Andropows Meldung an das Zentralkomitee der KPdSU, 26. August 1957. In: *Hiányzó lapok* 264-266.

⁵⁷ *Rainer* 19.

lichkeit stattfand, rief er weltweite Proteste gegen das Kádár-Regime hervor.⁵⁸

Andropow empfahl einige Korrekturen in der Anklageschrift. Er bat in Moskau um Erlaubnis, Biszku seine Einwände mitteilen zu dürfen. Aus dem Bericht Andropows geht eindeutig hervor, daß Kádár den Nagy-Prozeß aus eigenem Antrieb und in eigener Regie vorbereitet und durchgeführt hat. Die Sowjets wurden lediglich umfassend informiert, stellten aber keine Forderungen hinsichtlich der Bestrafung. Ohne die sowjetische Zustimmung hätte Kádár den Nagy-Prozeß allerdings auch nicht abhalten können. Zum Unwillen Kádárs, der eine baldige Verurteilung Nagys wünschte, tauchten immer wieder neue Hindernisse auf, die zur Verschiebung des Prozesses führten. So beschloß das ungarische Politbüro im Herbst 1957, Nagy erst nach der UNO-Debatte über Ungarn anzuklagen, weil das negative internationale Echo gefürchtet wurde. Danach stand im November der 40. Jahrestag der Oktoberrevolution in der Sowjetunion an. Die ungarische Regierung wollte diese Feier nicht stören, und so kam es zu einer weiteren Aufschiebung des Verfahrens.

Im November 1957 fand eine beratende Sitzung der Leiter der kommunistischen Parteien des Ostblocks statt, an der auch Kádár teilnahm. Nach seiner Rückkehr berichtete er, daß die anderen Parteien den ungarischen Standpunkt in der Angelegenheit Nagy akzeptiert hätten. Allerdings soll Gomulka versucht haben, Nagy in Schutz zu nehmen, sei jedoch von Chruschtschow abgekanzelt worden. Demzufolge bekam Kádár für sein weiteres Vorgehen gegen Nagy grünes Licht, wobei das Strafmaß immer noch nicht angesprochen wurde. In der Sitzung des ungarischen Politbüros wurde endlich die Eröffnung des Gerichtsverfahrens gegen Nagy beschlossen. Kurze Zeit später, am 21. Dezember, wurde das Zentralkomitee zu einer streng geheimen Sitzung zusammengerufen, in der Kádár vorschlug, Nagy mit neun anderen Mitangeklagten als Volksfeinde vor Gericht zu stellen. Das Zentralkomitee nahm erwartungsgemäß seinen Vorschlag ohne Widerspruch an und ermächtigte das Politbüro, über das weitere Schicksal der Angeklagten eine Entscheidung zu treffen. Den daran Beteiligten wurde unter Strafantrohung Stillschweigen angeordnet,⁵⁹ das Protokoll über diese Sitzung verschwand in Kádárs Safe und tauchte erst nach 1990 wieder auf.

Kádár war über die Verschiebung des Prozesses sehr ungehalten und erklärte, je mehr die Zeit voranschreite, desto komplizierter werde die Angelegenheit: »Die Vergeltung wäre im November 1956 verständlich gewesen, aber damals waren wir zu schwach.« Kádár berichtete ferner, die USA hätten der ungarischen Regierung über Österreich mitteilen lassen, daß, im Falle einer Amnestie gegen die Teilnehmer des Aufstandes, die Diskussion

⁵⁸ *Magyar Nemzet* 23. März 1995.

⁵⁹ *Rainer* 20.

in der UNO über Ungarn beendet werden könnte. Kádár sagte dazu: »Die Amnestie wird dann gewährt, wenn sie den Interessen der Volksrepublik entspricht.«⁶⁰

Trotzdem wurde die initiierte Politik weitergeführt, und die Vergeltungsmaßnahmen wurden mit der Konsolidierung des Regimes nicht reduziert, sondern eher verschärft. Bis 1961 fanden zahlreiche Prozesse gegen Revolutionsteilnehmer statt, wobei auch Minderjährige zum Tode verurteilt wurden. Im Dezember 1957 erkundigte sich Chruschtschow durch seinen Botschafter Gromow bei Kádár über den weiteren Verlauf der Angelegenheit Nagy. Der sowjetische Führer meinte, daß es richtig sei, diese Sache abschließen zu wollen, doch was sollte geschehen? »Gefängnis, Tadel oder was sonst?« – fragte er.⁶¹ Chruschtschow verlangte also kein Todesurteil, sondern überließ Kádár die Entscheidung.

Der Prozeß und das Urteil

Das ungarische Innenministerium hatte den Entwurf der 65 Seiten umfassenden Anklageschrift schon im August 1957 erstellt, legte aber die endgültige Fassung erst im Januar 1958 dem Generalstaatsanwalt vor, der diese mit geringen Korrekturen an den Obersten Gerichtshof weiterleitete.⁶² Die Rede Kállais vom April 1957 war eine wertvolle Stütze der Anklageschrift, da viele Behauptungen von ihr übernommen wurden.⁶³

Die Verhandlung gegen Nagy und seine Mitangeklagten wurde am 5. Februar 1958 vor der Volksgerichtskammer des Obersten Gerichtshofes eröffnet. Sándor Kopácsi, ehemaliger Budapester Polizeipräsident, war einer der Angeklagten, der im Nagy-Prozeß zu lebenslänglichem Gefängnis verurteilt und erst 1963 freigelassen wurde. Während des politischen Tauwetters 1975 konnte er zu seiner Tochter nach Kanada ausreisen, wo er seine Erlebnisse veröffentlichte. Die Weltöffentlichkeit erfuhr erst aus diesem Buch⁶⁴ Authentisches über den Prozeß. Kopácsi schilderte aus der Sicht des Angeklagten die Verhöre, den Ablauf des Prozesses und die daran beteiligten Personen sehr eindrucksvoll. Als die Angeklagten im Staatssicherheits-Gefängnis Fő-utca zur Geheimverhandlung geführt wurden, sah Kopácsi Nagy, Maléter, Gimes, Szilágyi und die anderen zum ersten Mal nach mehr als einem Jahr wieder. Er schrieb: »Nagy ist schmaler geworden.

⁶⁰ Horváth 283.

⁶¹ Rainer 20.

⁶² Horváth 281.

⁶³ Új Szó 23. Oktober 1995.

⁶⁴ Kopácsi: Sándor: Die ungarische Tragödie. Wie der Aufstand von 1956 liquidiert wurde. Stuttgart 1981.

Er sah aus wie früher ein Bauer oder Dorfschmied in voller Würde seiner 60 Jahre. Der legendäre Kneifer saß wie einst auf seiner Nase.«⁶⁵

In dem von der Öffentlichkeit vollkommen abgeschirmten Verhandlungssaal begann der Prozeß, dessen Vorsitzender Richter Radó, ein beleibter Mann mittleren Alters, war. Unter den Schöffen befand sich eine Frau, deren Ehemann als Staatssicherheits-Offizier während des Aufstandes umkam. Sie war nicht nur befangen, sondern auch von Rache erfüllt, obwohl keiner der Angeklagten mit dem Tod ihres Mannes etwas zu tun hatte. Die Öffentlichkeit und die Presse war vom Prozeß ausgeschlossen, und die einzigen Zuschauer waren die Mitarbeiter des Innenministeriums, die Berichte und Beurteilungen für ihre Vorgesetzten schrieben. Wegen der Geheimhaltung wurde die Zahl der Verteidiger auf ein Minimum beschränkt, und nur Nagy und sein Schwiegersohn Jánosi, ein reformierter Geistlicher, bekamen eigene Pflichtverteidiger, während die übrigen Angeklagten sich zu zweit einen Anwalt teilten.⁶⁶

Nagy antwortete auf die Frage des Richters nach seinem Beruf: »Ministerpräsident der Volksrepublik Ungarn.« Der Richter entgegnete: »Ehemaliger«. Nagy widersprach ihm: »Nicht, daß ich wüßte. Meine Ernennung auf diesen Posten datiert vom 24. Oktober 1956. Kein legales Organ hat diese in Frage gestellt.«⁶⁷ Die Angeklagten wurden schon einige Wochen vorher von den Vernehmungsoffizieren auf den Prozeß vorbereitet. Sie wurden in »bequemen« Zellen untergebracht, besser gepflegt und instruiert, wie sie sich während des Prozesses zu verhalten hätten. Die Offiziere deuteten an, daß im Verhandlungssaal Mikrophone aufgestellt würden, weil die politischen Führer wahrscheinlich zuhörten. Wenn sich die Angeklagten kooperativ verhielten, könne sich dies entsprechend günstig auf das Strafmaß auswirken. Deshalb sollten sie die Mitglieder der politischen Führung – insbesondere Kádár und Münnich – in keinem Zusammenhang erwähnen oder als Zeugen laden lassen.⁶⁸ Die Ankläger wollten disziplinierte, reuige und kooperative Angeklagte haben, die sich schuldig bekannten. Mehrere von ihnen, wie Nagy, Maléter und Szilágyi, verneinten jedoch ihre Schuld. Szilágyi, ein ehemaliger Polizeioberst und Nagys Sekretär – eigentlich kein Hauptangeklagter –, schrieb kurz vor Beginn der Verhandlung einen sehr kritischen und leidenschaftlichen Brief an den Obersten Gerichtshof, in dem er die Anklage zurückwies.⁶⁹ Er griff auch Kádár und Chruschtschow an, weil sie die fehlende Zustimmung der Bevölkerung zu ihrer Regierung mit Panzern und Bajonetten erzwingen und das ungarische Volk unterdrücken wollten. Er wies darauf hin, daß die Maßnahmen der Nagy-Regierung mit Mikojan, der sich bis zum 28. Okto-

⁶⁵ Ebenda, 248.

⁶⁶ Horváth 295.

⁶⁷ Kopácsi 250.

⁶⁸ Horváth 291.

⁶⁹ »Ha hallgat, nem végzik ki«. In: 168 óra, 13. Juni 1989.

ber 1956 in Budapest aufgehalten hatte, abgestimmt gewesen wäre. Deshalb wäre die Intervention unnötig gewesen. Er führte weiter aus, daß die Anklageschrift eine moderne Version der Schauprozesse der Stalinzeit darstelle und forderte den Obersten Gerichtshof auf, Kádár und Münnich als Zeugen vorzuladen. Es sei absurd, daß einige Personen für die gleiche Tat bestraft würden, für welche andere straffrei blieben. Die beiden hätten dieselbe Verantwortung zu tragen wie die Angeklagten. Deshalb sollten auch sie vor Gericht erscheinen und aussagen, sonst würde die Verhandlung zu einer Farce, schrieb er. In der Tat entwickelte sie sich schnell zu einer solchen: Am zweiten Verhandlungstag beantragte der Staatsanwalt plötzlich die Vertagung des Verfahrens mit der Begründung, daß neue Fragen aufgetaucht wären, die bei der Beurteilung der Angeklagten noch wesentlich sein könnten, weshalb man weitere Ermittlungen für notwendig erachte. Daraufhin wurde die Verhandlung auf unbestimmte Zeit vertagt.⁷⁰

Was geschah eigentlich hinter den Kulissen, daß ein Prozeß, der seit neun Monaten mit großem Aufwand vorbereitet wurde, schon zu Beginn plötzlich abgebrochen werden mußte? Die fadenscheinige Begründung des Staatsanwalts war nicht der wahre Grund. Der Prozeß schritt in Wirklichkeit nicht so voran, wie es sich die Organisatoren vorgestellt hatten. Der Brief Szilágyis und sein unbeugsamer Auftritt vor Gericht hatten ihre Wirkung gezeigt, zumal er Münnich und Kádár als Zeugen laden lassen wollte. Die politische Führung war aber nicht bereit, sich unangenehmen Fragen zu stellen. Die Mitarbeiter des Innenministeriums, die den Prozeß beobachteten, bemängelten in ihren Berichten, daß der Vorsitzende Richter erlaubt hatte, die Angeklagten ausführlich zu Wort kommen zu lassen. Nagy berief sich zum Beispiel in seinen Antworten des öfteren auf Entscheidungen der Parteiführung vom Oktober 1956.⁷¹ Daher kam es nur zu gelegen, daß der Vorsitzende Richter erkrankte und sich mit echten oder angeblichen Herzbeschwerden ins Krankenhaus begeben mußte. Die Angeklagten sahen ihn nie wieder.⁷²

Aber nicht nur Verfahrensfragen und das Verhalten der Angeklagten erschwerten die Fortführung des Prozesses, auch gewichtige außenpolitische Gründe sprachen dagegen. Die Sowjetunion begann Anfang 1958 mit einer sogenannten »Entspannungsoffensive« und schlug ein Treffen zwischen den Führern des Warschauer Paktes und der NATO vor. In dieses Konzept paßte kein Nagy-Prozeß, und so baten die Sowjets die ungarische Führung, den Prozeß zu verschieben. Zeitgleich mit der Gerichtsverhandlung fand eine Sitzung des ungarischen Politbüros statt, in welcher der Nagy-Prozeß das zentrale Thema war. Unter Berücksichtigung der internationalen Lage und vor allem des Wunsches der sowjetischen Parteiführung beschloß das Politbüro, den Prozeß um einige Monate zu hinauszuzögern.

⁷⁰ Horváth 310-311.

⁷¹ Ebenda, 312-313.

⁷² Kopácsi 252.

Diese »Rücksichtnahme« zeigte auch, daß Moskau den Nagy-Prozeß eigentlich nicht so recht wollte.

Auf der Sitzung des ungarischen Zentralkomitee eine Woche später informierte Kádár die Anwesenden über diese Entscheidung. Er erklärte: Wenn man jetzt den Prozeß mit milden Urteilen abschliesse, würde man die internationale Lage nicht verschärfen. Aber das wäre eine schlechte Lösung. Zudem könne es der Sache sehr schaden, wenn die Partei ihren Willen jetzt durchsetzen würde. Deshalb wäre eine Verschiebung zur Zeit die sinnvollste Lösung. Kádár wollte nämlich die Liquidierung Nagys. In der anschließenden Diskussion, in der die Anwesenden die Verschiebung billigten, ging es auch um die Bestrafung Nagys. Die Hardliner – wie zum Beispiel Valéria Benke – sprachen sich für die strenge Bestrafung der Angeklagten aus. Das Urteil sei eine Grundsatzfrage, das nicht taktischen Überlegungen untergeordnet werden könne. Über das Urteil selbst könne nicht diskutiert werden, sondern nur über den Zeitpunkt, und es sollten harte Strafen verhängt werden. Im Falle eines Todesurteils könne man vielleicht Gnade walten lassen, sagte ein anderes Zentralkomitee-Mitglied. Kádár erwiderte, daß er für eine Vertagung sei. Diese Lösung sei besser, als zum gegenwärtigen Zeitpunkt milde Urteile zu verhängen. Der Vorschlag, zuerst die Todesstrafe zu verhängen und nachher die Begnadigung auszusprechen, sei kein gangbarer Weg, erklärte er ärgerlich. Er sei damit einverstanden, daß das Urteil aus prinzipiellen Gründen hart sein müsse, konkrete Voraussagen sollten jedoch nicht getroffen werden, weil die Lösung dieser Frage dem internationalen Klassenkampf untergeordnet sei. Die Genossen könnten darauf vertrauen, daß sein Standpunkt in dieser Frage klar und eindeutig sei, so Kádár.⁷³ Er gab sein Ziel, die Liquidierung Nagys, nicht auf, konnte aber diesen Plan auch nicht ohne die Zustimmung der sowjetischen Führung durchführen. Deshalb setzte Kádár auf Zeit und wartete auf einen günstigen Moment.

Szilágyi bezahlte für sein mutiges Auftreten teuer. Sein Fall wurde vom Hauptverfahren getrennt, er wurde Mitte April allein vor Gericht gestellt und nach einem sehr kurzen Prozeß zum Tode verurteilt und hingerichtet, obwohl gegen ihn kaum ernstzunehmende Beschuldigungen vorlagen. Seine einzige »Schuld« war, daß er während der Revolution von 1956 als Nagys Sekretär gearbeitet hatte und sein glühender Anhänger war. Seine Kritik an Kádár und der Sowjetunion während des Verfahrens beantwortete das Regime mit brutaler Rache.

Der Nagy-Prozeß wurde nach der Unterbrechung erst am 9. Juni mit einem anderen Richter fortgesetzt. Der neue Vorsitzende, Vida, der wegen seiner dunklen Hautfarbe den Spitznamen »Tunis« erhielt,⁷⁴ war ein dogmatischer und kaltherziger Mann. Er hatte sich bereits in anderen Prozes-

⁷³ Horváth 314-315.

⁷⁴ Kopácsi 257.

sen gegen die Teilnehmer des Aufstandes »bewährt« und unter anderem die Schriftsteller Déry und Háry sowie Szilágyi verurteilt. Die Ankläger hatten es eilig, weshalb der Prozeß einschließlich Urteilsverkündung nur eine Woche dauerte. Während der Verhandlung wurden eine Reihe gültiger Vorschriften der Strafprozeßordnung verletzt oder einfach ignoriert. Obwohl ein neuer Vorsitzender ernannt worden war und vier Monate seit den letzten Verhandlungen vergangen waren, wurde der Prozeß nicht neu begonnen, sondern nach der Verlesung der alten Protokolle einfach fortgesetzt. Es wurden etwa 30 Personen, fast nur Belastungszeugen, gehört, während die Verteidigung kaum die Möglichkeit hatte, Entlastungszeugen vorzuladen. Auch blieb ihr nur sehr wenig Zeit für ihre Vorbereitungen. In der Urteilsbegründung wurden den Angeklagten Taten zur Last gelegt, die sie nicht begangen hatten, und sogar solche, die während der Verhandlung gar nicht zur Sprache gebracht worden waren: Die Wahrheitsfindung gehörte sicherlich nicht zum Ziel des Prozesses, was ihn mehr zu einer Farce, einem Schauprozeß als zu einer seriösen Gerichtsverhandlung machte. Der Oberste Ungarische Gerichtshof, der 31 Jahre später Nagy und seine Gefährten posthum freisprach, begründete seine Entscheidung unter anderem auch mit einer Reihe formaler und inhaltlicher Mängel in der Prozeßführung, vor allem aber mit der Unschuld der Angeklagten.⁷⁵

Nagy wußte anscheinend, welches Schicksal ihn erwartete. Seine Antworten galten nicht dem Gericht, er wollte offensichtlich seinen politischen Standpunkt der Nachwelt darlegen. Dem Gericht standen kaum irgendwelche »Beweise« zur Verfügung, um seine angebliche Schuld nachzuweisen. Deshalb griffen sie auf die kritischen Schriften Nagys zurück, die er noch vor der Revolution geschrieben und an die damalige Parteiführung verschickt hatte. Diese Schriften waren als Schuldbeweise im Grunde genommen untauglich, aber es wurde mit allen Mitteln versucht, Nagy Negatives zur Last zu legen. Maléter wehrte sich durch Argumentation und präzise Fragen an die sogenannten Belastungszeugen gegen die ungerechtfertigten Vorwürfe und Unterstellungen, aber es nützte nichts, die von Kádár im voraus getroffene Verurteilung und den Schuldspruch zu ändern. Es war wie in der Fabel über das Gespräch zwischen Wolf und Lamm: Der Wolf brauchte am Ende auch kein Argument, um das Lamm zu fressen. Bezeichnend für die Widersprüchlichkeiten der Anklage war, daß Nagy unter anderem beschuldigt wurde, unter dem Einfluß der Aufständischen Maléter zum Verteidigungsminister ernannt zu haben. Dabei stellte sich heraus, daß es eigentlich Kádár gewesen war, der kurz vor seinem Übertritt zu den Sowjets Maléter als Verteidigungsminister vorgeschlagen hatte.⁷⁶

Die sogenannte »Friedensinitiative« der Sowjetunion kam im Mai zum Stillstand. Kádár nutzte die Gunst der Stunde und setzte im Politbüro und

⁷⁵ Horváth 365-366.

⁷⁶ Ebenda, 322.

im Zentralkomitee die Beschlüsse zur Verurteilung Nagys und seiner Gefährten durch. Der Kádár-Intimus György Aczél erklärte in einem Interview, die endgültige Entscheidung über das Schicksal Nagys und der anderen sei Ende Mai anlässlich einer geheimen Wochenendsitzung des ungarischen Politbüros gefallen.⁷⁷ Anschließend fand am 6. Juni 1958 eine Sitzung des Zentralkomitees statt, die sich auch mit dem Nagy-Prozeß beschäftigte. Auf dieser Geheimsitzung beschlossen die Zentralkomitee-Mitglieder endgültig, daß das Gerichtsverfahren fortgesetzt werden könne und Nagy und seine Gefährten verurteilt werden sollten.⁷⁸ Wie schnell Kádár diese Angelegenheit ein für allemal hinter sich bringen wollte, zeigte auch die Tatsache, daß der Geheimprozeß entgegen allen Gepflogenheiten auch am Wochenende fortgesetzt wurde. Offensichtlich wollte Kádár keinen weiteren sowjetischen Einwand für eine eventuelle Verschiebung in Kauf nehmen. Die Urteilsverkündung erfolgte am 15. Juni 1958, an einem Sonntagnachmittag um 17 Uhr. Nagy, Maléter, Gimes wurden zum Tode durch den Strang, Kopácsi zu lebenslänglichem Zuchthaus und die anderen Angeklagten zu längeren Freiheitsstrafen verurteilt.⁷⁹ Imre Nagy sagte in seinem Schlußwort: »Das Todesurteil halte ich für ungerecht, und ich kann es nicht annehmen. Mein einziger Trost ist, daß das ungarische Volk und die internationale Arbeiterklasse mich von dieser schweren Anklage freisprechen werden. Ich fühle, daß eines Tages die Zeit kommen wird und meine Sache Gerechtigkeit erfährt. Ich will nicht um Gnade bitten.«⁸⁰ Der Prozeß und die Urteilsverkündung wurden gefilmt, die Aufnahmen wurden jedoch nie in der Öffentlichkeit gezeigt, sondern verschwanden im Archiv des Innenministeriums. Erst nach der Wende 1989 wurden die Aufnahmen zugänglich und teilweise im ungarischen Fernsehen gezeigt.

Die Anwälte der Verurteilten baten um Gnade, erhielten aber nur eine halbe Stunde, um das Gnadengesuch abzufassen und dem Gericht vorzulegen. Dieselbe Volksgerichtskammer, die gegen Nagy verhandelt hatte, lehnte nach einer kurzen Sitzung die Gnadengesuche ab. Diese Eile war typisch für das ganze Verfahren. Die zum Tode Verurteilten wurden sofort in ein anderes Gefängnis verlegt und einzeln in Todeszellen gesperrt. Die Ablehnung der Gnadengesuche wurde ihnen um 23 Uhr im Gefängnis verkündet und die Vollstreckung des Urteils für den nächsten Morgen um 5 Uhr angekündigt.⁸¹ Am nächsten Tag, am 16. Juni 1958, wurden die Opfer der Kádárschen Willkürjustiz – Nagy, Maléter und Gimes – um 5 Uhr früh aus ihren Zellen geholt und im Hof des sogenannten Sammelgefängnisses (*Gyűjtőfogház*) gehängt. Am gleichen Ort wurden auch die anderen, etwa 300 zum Tode verurteilten Märtyrer des Aufstandes, bis 1961 hingerichtet.

⁷⁷ *Erényi – Sipos* 29.

⁷⁸ Ebenda.

⁷⁹ *Horváth* 347.

⁸⁰ Ebenda, 350.

⁸¹ Ebenda, 351-356.

Das Vollstreckungsprotokoll listet akribisch die Namen der anwesenden Richter und Ärzte sowie den Henker und seine Helfer auf. Der Beginn der grausigen Tätigkeit der Scharfrichter ist im Protokoll genauso vermerkt wie der Zeitpunkt des Todes. Nach der Feststellung des Gefängnisarztes starb Nagy um 5.16, Maléter um 5.24, Gimes um 5.28 Uhr. Der Arzt bekam ein »Honorar« von 120 Forint.⁸² Die Tötung von Nagy, Maléter, Gimes und den 300 anderen Märtyrern der Revolution von 1956 waren von Kádár gewollte Justizmorde. Unter den Zuschauern am 16. Juni war möglicherweise auch Kádár, der 1949 bei der Hinrichtung des ehemaligen kommunistischen Innenministers und seines einstigen Freundes László Rajk gleichfalls anwesend gewesen war.⁸³

Am 17. Juni 1958 wurde von der ungarischen und der sowjetischen Nachrichtenagentur die Meldung über die Hinrichtung von Nagy, Maléter, Gimes und Szilágyi in einem in stalinistischem Stil gehaltenen Kommuniké veröffentlicht.⁸⁴ Der Verfasser war das ungarische Justizministerium. Obwohl Szilágyi schon im April gestorben war, wurde sein Name zusammen mit dem Nagys und der anderen veröffentlicht. Die offizielle ungarische Presse berichtete im gleichen Stil über das Urteíl.⁸⁵

Diese Nachricht über die Hinrichtung löste weltweit Empörung und heftige Proteste gegen die sowjetische Führung und das Kádár-Regime aus. Es fanden zahlreiche Kundgebungen in Europa und Übersee gegen die Sowjets statt, und selbst in den westlichen kommunistischen Parteien wurden kritische Stimmen laut. Die Empörung fiel auch deshalb so heftig aus, weil nicht nur unschuldige Menschen ermordet wurden, sondern in der Wahl des 17. Juni – dem Jahrestag des Berliner Aufstandes – eine bewußte Provokation der Weltöffentlichkeit vermutet wurde. Tatsächlich aber hatte die Budapester Führung gar nicht an den Berliner Arbeiteraufstand gedacht, sondern ihr unterlief mit der Veröffentlichung der Nachricht ausgerechnet am 17. Juni ein riesiger politischer Fehler; sie hatte die Bedeutung dieses Datums einfach übersehen. Kádár sagte später dazu: »Wir haben nicht aufgepaßt«. Die Sowjets waren über die weltweiten Proteste alles andere als erfreut. Obwohl sie in offiziellen Verlautbarungen Kádár in Schutz nahmen, erwähnten sie nirgendwo, daß sie den Prozeß gewollt hatten. Der politische Schaden für die Sowjetunion war enorm und wirkte sich jahrzehntelang ungünstig aus. Für die westlichen kommunistischen Parteien markierte er den Beginn des Verfalls.

Einige Tage nach dem 17. Juni sprach der jugoslawische Botschafter Mićunović in Moskau mit Chruschtschow über die Hinrichtung Nagys. Dem sowjetischen Führer schien das Thema unangenehm zu sein, und er sagte, daß dies die Sache Ungarns und nicht der Sowjetunion sei. Aller-

⁸² Ebenda, 357-360.

⁸³ Farkas Vladimir: *Nincs mentség*. Budapest 1990, 239.

⁸⁴ *Az igazság a Nagy Imre ügyben*. In: *Századvég füzetek* 2 (1989). Budapest 1989, 195-199.

⁸⁵ *Erényi – Sipos* 20.

dings sei er mit der Entscheidung der ungarischen Genossen einverstanden, auch er hätte so gehandelt.⁸⁶ Sein Sohn erklärte auf einer Pressekonferenz vor einigen Jahren in Budapest, sein Vater habe Nagy am Leben lassen wollen, aber die »ungarischen Genossen« hätten ihn zur Billigung des Todesurteils überredet.

Nagy, Maléter und Gimes wurden noch am gleichen Tag im Hof des Gefängnisses begraben. Auf dem Grab stellte man ausgemusterte Möbel ab, um zu verhindern, daß die ungewöhnliche Grabstätte auffiel.⁸⁷ Die politische Führung wolle keinen nationalen Wallfahrtsort haben, hieß es. Erst nach zweieinhalb Jahren, am 24. Februar 1961 spätabends, grub eine Gruppe von Polizeioffizieren und Unteroffizieren in aller Heimlichkeit die Leichen wieder aus und verscharrte sie noch am selben Abend auf dem nahegelegenen Zentralfriedhof in der später zu trauriger Berühmtheit gelangten Parzelle 301. In dieser verwahrlosten hintersten Ecke des Friedhofs wurden die zahlreichen Opfer der Kádárschen Willkür und Vergeltung heimlich und namenlos begraben, so daß nicht einmal die Angehörigen wußten, wo sie lagen. Die Besucher dieser verwahrlosten und namenlosen Gräber wurden ständig von der Polizei vertrieben. Selbst drei Jahrzehnte später verbot Kádár den Besuch und die Pflege dieser Gräber.

Bezeichnenderweise wurden die Vorgänge über die Umbettung Nagys in einer geheimen Akte des Innenministeriums unter dem Namen »Wespennest« verwahrt. Die Geheimhaltung ging soweit, daß das Grab Nagys in den Friedhofsakten unter dem Decknamen einer Frau geführt wurde, während Maléter und Gimes – ebenfalls unter einem fremden Namen registriert – in einem gemeinsamen Grab ruhten.⁸⁸ Erst 1989 war es anhand der geheimen Unterlagen des Innenministeriums möglich, die Gräber von Nagy, Maléter, Gimes und Szilágyi sowie die der anderen Opfer in der Parzelle 301 zu identifizieren, die letzten Ruhestätten würdig zu gestalten, Grabsteine zu errichten und diese mit Namen zu versehen.

Während des Prozesses standen die Frau und die Tochter Nagys zusammen mit den anderen Frauen und Kindern in Rumänien immer noch unter Hausarrest. Die schreckliche Nachricht erfuhren sie erst aus der Zeitung. Eines Tages legte ein Offizier der rumänischen Wachmannschaft einige ungarische Zeitungen auf den Tisch des Aufenthaltsraumes und ging wortlos wieder hinaus. In den Zeitungen war das Kommuniké der ungarischen Regierung über die Verurteilung und Hinrichtung Nagys und seiner Gefährten abgedruckt.⁸⁹

Die letzten Gerichtsverfahren gegen Teilnehmer des Aufstandes gingen erst 1961 zu Ende. Kádár erzählte anlässlich seines Treffens mit Gorbatschow im September 1985 in Moskau, daß etwa 280 Todesurteile gegen

⁸⁶ Mićunović 396.

⁸⁷ *A titkok labirintusában*. In: Szabad Újság, 30. Juni 1999.

⁸⁸ Horváth 363.

⁸⁹ Ember 32.

Aufständische vollstreckt wurden. Als diese Zahl erreicht wurde – sie entsprach etwa der Anzahl der während des Aufstandes gefallenen Staatssicherheits-Mitarbeiter –, hätte er die »Genossen« gebeten, mit den Todesurteilen aufzuhören.⁹⁰ Während der Revolution wurden etwa 3.000 Zivilisten und Aufständische von den Sowjets und von ungarischen Staatssicherheitsleuten getötet, während die Staatssicherheit 1956 etwa 230 Leute verlor und nicht 280, wie Kádár sagte. Die Verluste der Sowjets betragen nach eigenen Angaben 669 gefallene Offiziere und Soldaten.⁹¹

Die Rolle Kádárs

Drei Jahrzehnte lang schwieg sich das Kádár-Regime eisern über den Nagy-Prozeß aus. Nagys Name wurde höchstens in propagandistischen Verlautbarungen oder offiziellen Beschimpfungen genannt. Sein Schicksal und das der anderen zum Tode verurteilten Aufständischen wurde tabuisiert, und auch Kádár schwieg sich ein Leben lang aus. Es existierten einige dunkle Flecken in seiner politischer Laufbahn, worüber er selbst im kleinsten Kreis äußerst selten sprach. Dazu gehörten die Nagy- und Rajk-Prozesse und sein Überlaufen zu den Sowjets am 1. November 1956.

Es stellt sich die Frage, warum Nagy zum Tode verurteilt wurde und wem seine Ermordung nutzte. Obwohl die Sowjets ständig über die Prozeßvorbereitungen und die Entscheidungen des ungarischen Politbüros informiert wurden und auch die Erlaubnis zur Vollstreckung des Urteils erteilten, läßt sich kein Hinweis finden, daß sie das Todesurteil von Kádár gefordert hätten. Die Sowjets waren sich durchaus bewußt, daß sich die Liquidierung Nagys auf sie und die westlichen kommunistischen Parteien ungünstig auswirken würde. Daher hatten sie zweimal um die Verschiebung des Prozesses gebeten. Chruschtschow selbst hatte Kádár vorgeschlagen, Nagy zu einer milden Strafe zu verurteilen und ihn nachher als Agrarexperten einzusetzen. 1956 noch war die sowjetische Führung Nagy gegenüber feindlich eingestellt, 1958 aber sah sie in ihm keine politische Gefahr mehr für ihre Herrschaft in Ungarn. Im Grunde genommen waren sie an ihm nicht mehr besonders interessiert und wollten die ganze Angelegenheit endlich abschließen. Möglicherweise gaben sie deshalb Kádárs Drängen nach und erteilten ihre Zustimmung zum Todesurteil. Trotzdem war die sowjetische Führung in höchstem Maße mitverantwortlich für die Ermordung Nagys, da sie diese ermöglichte und zuließ. Sie versuchte sogar, Kádárs Vorgehensweise in der sowjetischen Presse zu rechtfertigen,

⁹⁰ Kádár és Gorbacsov első találkozója. Moszkva, 1985. szeptember 25-én. In: *História* 15 (1993) Nr. 3, 24–27.

⁹¹ Erste Veröffentlichung dieser Daten: *A szovjet honvédelmi minisztérium veszteséglistája*. In: *Hiányzó lapok* 142.

und die scheinbare Absage an den Stalinismus auf dem XX. Parteikongreß von 1956 wurde somit nicht eingehalten.

Trotz der Mißstimmung zwischen Moskau und Belgrad kann nicht die Folgerung gezogen werden, daß das Urteil als Warnung an Jugoslawien gedacht war. Um so weniger, da Tito die sowjetische Intervention vom 4. November gutgeheißen, sich von Nagy distanziert und sogar erklärt hatte, daß er Kádár unterstützen wolle. In den sowjetischen Kommentaren zur Hinrichtung Nagys wird Jugoslawien in diesem Zusammenhang gar nicht erwähnt. Trotzdem mußte Jugoslawien das Urteil als eine Provokation empfinden, zumal Nagy erst aufgrund der Zusage freien Geleits und Straffreiheit die jugoslawische Botschaft in Budapest verlassen hatte. Diese Vereinbarung zwischen Ungarn und Jugoslawien war von Kádár schriftlich und mündlich bestätigt worden. Trotzdem wirkte sich die Ermordung Nagys negativ auf das Ansehen Jugoslawiens aus, da nicht ohne Grund der Eindruck entstanden war, daß Nagy von der jugoslawischen Regierung irreführt worden war.⁹²

Das Urteil war aber in erster Linie innenpolitisch motiviert und in der Person Kádárs und in seinem Verhältnis zur Macht begründet. Kádár war ein Mensch, der unbedingt nach Macht strebte und dem jedes Mittel – wie Lug und Trug, Verrat, Heimtücke und Grausamkeit – recht war, um diese zu erlangen. Die neuesten historischen Forschungen bestätigen diese Seite seines Charakters. Da er in Nagy eine potentielle Bedrohung seiner Macht sah, ließ er ihn beseitigen. Kádár verfolgte dieses Ziel spätestens seit der Rückkehr Kállais von dessen erfolgloser Reise nach Rumänien Ende Januar 1957. Kállai konnte Nagy dort nicht wie gewünscht zum Verzicht auf das Amt des Ministerpräsidenten überreden. Dies war möglicherweise das auslösende Moment für den Prozeß. Seinem späteren Intimus Aczél gegenüber erwähnte Kádár mehrmals: »Hätte Nagy im November 1956 verzichtet, säße er immer noch unter uns.«⁹³ Die Verzichtserklärung, die Kállai in Bukarest vergeblich verlangt hatte, sollte daher auch auf den November 1956 zurückdatiert werden. Nagy dagegen war kein machthungriger Politiker, eher der Typ eines gemütlichen Professors, dem man seine bäuerliche Herkunft ansehen konnte. Auch wegen seiner äußeren Erscheinung konnten sich viele Menschen in Ungarn mit ihm identifizieren. Obwohl jahrzehntelang Kommunist, hatte seine kalvinistische Herkunft seinen Charakter beeinflußt und seine Prinzipientreue und Hartnäckigkeit geprägt. Seiner persönlicher Einstellung nach war er eher liberal und tolerant, obwohl er sich meist an die Parteidisziplin hielt und die höheren Anweisungen ausführte. Nagy verkörperte aufgrund seiner Tätigkeit als Ministerpräsident von 1953 bis 1955 die Hoffnung der ungarischen Bevölkerung auf eine bessere Zukunft. Der kommunistische Diktator Ungarns Rákosi erreichte

⁹² *Mićunović* 396.

⁹³ *Erényi – Sipos* 30.

durch seine Intrigen trotzdem, daß Nagy 1955 von den Sowjets abgesetzt wurde. Dies erhöhte aber die Popularität Nagys in Ungarn noch mehr, so daß er während des Aufstandes am 24. Oktober 1956 nach entsprechenden Forderungen der Bevölkerung von der Parteiführung wieder zum Ministerpräsidenten ernannt wurde. In den Augen der Bevölkerung galt Nagy als ein Symbol für Freiheit, Demokratie und Neutralität. Im Gegensatz zu vielen anderen Politikern des Landes besaß er eine weiße Weste, da er an Folterungen und Verfolgungen anderer nicht teilgenommen hatte. Er war der legitime Ministerpräsident des Landes, der 1955 und dann 1956 zu Unrecht abgesetzt wurde. Kádár war im Unterschied zu ihm ein Usurpator, der illegal und nur mit der Waffengewalt eines verhaßten ausländischen Regimes an die Macht gekommen war.

In einem politisch konsolidierten Ungarn wäre Nagy, rechtlich gesehen, immer noch der legal gewählte Ministerpräsident des Landes gewesen. Er wollte in Ungarn eine Art Pluralismus in der Gesellschaft und auch in der Partei verwirklichen, welche zu offenen Diskussionen und zur Etablierung einer Demokratie geführt hätte, was auch während des Aufstandes von der Bevölkerung gefordert wurde. Kádár hätte mit seiner politischen Vergangenheit kaum Chancen gehabt, auf der politischen Bühne zu bleiben. So dachte er möglicherweise, daß ein legaler und populärer Ministerpräsident, der ihm nicht freiwillig die Macht übergab, eine potentielle Gefahr darstellte, selbst wenn er inhaftiert war. Nagy war in den Augen der Bevölkerung das, was Kádár nicht war: ein Symbol für Freiheit und Legitimität. Ein Verzicht Nagys auf den Posten des Ministerpräsidenten hätte Kádár die fehlende Legitimität gegeben und ihm beim Ausbau seiner Macht geholfen. Nagy tat diesen Schritt nicht, weil es seinen Prinzipien widersprach. Zudem konnte Kádár zu diesem Zeitpunkt noch nicht ganz ausschließen, daß sich die Sowjets eines Tages anders besinnen könnten und Nagy aufgrund seiner Popularität in der Bevölkerung doch noch als Ministerpräsident einsetzen würden, zumal Nagy kein sogenannter bürgerlicher Politiker war, sondern aus der kommunistischen Bewegung kam. Kádár, der keinen potentiellen Konkurrenten haben wollte, ließ ihn daraufhin beseitigen, und da er zudem nachtragend und rachsüchtig war, spielten sicherlich auch emotionale Motive eine erhebliche Rolle.⁹⁴ Möglicherweise überbewertete Kádár die Möglichkeit, daß Nagy nach 1956 noch eine aktive politische Rolle in Ungarn spielen könnte, obwohl Nagy erheblich älter war als er. Die Sowjets hatten zwar keine Zukunftspläne mit Nagy, aber es konnte Kádár mißtrauisch gemacht haben, daß Chruschtschow erwähnt hatte, daß man Nagy später vielleicht als Agrarfachmann verwenden könnte. Inwieweit seine unmittelbare Umgebung Kádár in seiner Entscheidungsfindung beeinflußt hat, ist schwer festzustellen, da die Betroffenen meist nicht mehr leben oder eisern schweigen. Für diese Leute, die aus der zweiten oder drit-

⁹⁴ *Magyar Nemzet* 4. November 1995.

ten Reihe der politischen Hierarchie der Rákosi-Zeit in die politische Führung aufgestiegen waren, hätte die Rückkehr Nagys oder die Einführung der Demokratie in Ungarn das Ende ihrer politischen Karriere bedeutet.

Die Rehabilitierung Nagys

Drei Jahrzehnte lang versuchte das Regime die Erinnerung an Nagy zu verdrängen, aber er geriet nie in Vergessenheit. Nach der Ablösung Kádárs von der Parteispitze und unter dem wachsenden Druck der Bevölkerung war es möglich geworden, die Gräber Nagys und seiner Gefährten zu öffnen und sie zu exhumieren. Die Särge von Nagy und seinen Gefährten wurden auf dem Heldenplatz in Budapest an seinem Todestag, dem 16. Juni 1989, in Anwesenheit von über 200.000 Menschen, einige hundert Meter von der jugoslawischen Botschaft entfernt, wo er im November 1956 vergeblich um Asyl ersucht hatte, aufgebahrt und von der Bevölkerung feierlich verabschiedet. Auf Wunsch der Angehörigen wurde die kommunistische Führung zu den Trauerfeierlichkeiten nicht zugelassen. Nagy und seine Gefährten fanden ihre letzte Ruhestätte zusammen mit vielen anderen zum Tode verurteilten Aufständischen in der Parzelle 301 des Budapester Zentralfriedhofs, die entsprechend würdig zu einer nationalen Gedenkstätte umgestaltet wurde. Kádár, der bereits zu dieser Zeit körperlich und geistig ein Wrack war, konnte noch das Begräbnis Nagys im ungarischen Fernsehen verfolgen.⁹⁵ Laut Aczél ist Kádár schon einige Monate vor dem Begräbnis, als die öffentliche Diskussion über die Rehabilitierung Nagys begann, halb verrückt geworden.⁹⁶ Aus Angst und sogar vom schlechten Gewissen geplagt, lief er zu Hause ruhelos und verwirrt umher wie einst König Lear – ein Verräter, den seine Schuld quälte. In seiner letzten Rede vor dem Zentralkomitee am 12. April 1989, schon todkrank, versuchte er sich mit Halbwahrheiten zu rechtfertigen. Kádár, der Atheist, sprach vor dem Plenum sogar öfters vom Herrgott,⁹⁷ aber die volle Wahrheit gab er nicht zu. In einem Interview versuchte er, die Schuld auf die Gerichte abzuschieben, die ihn überzeugt hätten, daß die Verurteilung Nagys rechtens erfolgte.

Kádár starb am 6. Juli 1989, am gleichen Tag und sogar in der Stunde, als der Oberste Gerichtshof Ungarns Nagy und seine Gefährten in allen Anklagepunkten freisprach.

⁹⁵ *Magyar Hírlap* 20. Januar 1996.

⁹⁶ *Erényi – Sipos* 29-30.

⁹⁷ *Magyar Hírlap* 18. Mai 1996.